

## Besprechungen

*Scheying, Robert: Amtsgewalt und Bannleihe. Eine Untersuchung zur Bannleihe im hohen und späten Mittelalter. (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, hrsg. von H. E. Feine, H. Krause und H. Schultze-v. Lasaulx, 2. Bd.) Köln-Graz (Böhlau Verlag) 1960. XVI und 335 S.*

*Kroeschell, Karl: Weichbild. Untersuchungen zur Struktur und Entstehung der mittelalterlichen Stadtgemeinde in Westfalen. (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, hrsg. von H. E. Feine, H. Krause und H. Schultze-v. Lasaulx, 3. Bd.) Köln-Graz (Böhlau Verlag) 1960. XXXVI und 285 S., 20 Planskizzen im Text und 9 Karten.*

Eine Besprechung der beiden oben genannten Werke — die beide Habilitationsschriften darstellen — kann hier nur unter dem Gesichtspunkt erfolgen, einige Erkenntnisse herauszuheben, die sich für den Sozial- und Wirtschaftshistoriker ergeben. Und dieses ist bei der engen Verbindung zwischen der Rechtsgeschichte und der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte naturgemäß ganz generell der Fall.

Die Arbeit von Scheying zerfällt in zwei Teile, die natürlich miteinander in Beziehung stehen, aber doch berechtigterweise getrennt behandelt werden: der erste Hauptteil gibt eine Geschichte der Amtseide, der zweite behandelt die Bannleihe. In beiden Fällen greift die Darstellung auf die fränkische Zeit zurück und führt sie bis in das späte Mittelalter fort.

Bei der Behandlung der Amtseide knüpft der Verf. an den Schöfeneid an, durch den der Schöffe verpflichtet wird, gerecht zu richten. Aber das Schöffenamt ist nur eines unter einer Reihe von Ämtern, die einen anderen Charakter tragen. Und so erscheint dem Rezensenten das wichtigste Ergebnis dieser Untersuchungen darin zu liegen, daß genauere Vorstellungen von diesen verschiedenen Formen vermittelt werden. Dabei ist im besonderen an das Grafenamt sowie an das Vasallen- und Lehnsverhältnis zu denken. Besonderes Licht fällt auf die Ausbildung eines neben Dienstmannen und Vasallen stehenden Beamtentums seit dem 13. Jahrhundert. Hervorzuheben ist die vom Verf. vertretene Auffassung, daß im Gegensatz zur herrschenden Lehre die Feudalisierung der Ämter bereits um 800, also unter Karl d. Gr. einsetzt, woraus sich für den Verf. die Konsequenz ergibt, daß darin primär der Wunsch zum Ausdruck kommt, die Königsmacht durch eine stärkere persönliche Bindung des Amtsträgers an den König zu heben, mehr, als wenn es sich nur um einen königlichen Auftrag handelt.

Die Arbeit von Kroeschell greift ein Thema an, das neuerdings — etwa auch durch den Reichenau-Kreis von Th. Mayer — in den Vordergrund der rechtsgeschichtlichen Forschung gerückt ist und dem auch sonstige Arbeiten gewidmet sind und noch gewidmet werden sollen: die Frage, ob die herrschende Stadtrechtslehre, wie sie etwa von Hans Planitz entwickelt worden ist, Geltung beanspruchen kann, oder ob nicht vielmehr, worauf vor einem halben Jahrhundert schon S. Rietschel hingewiesen hatte, eine für die Stadtentwicklung wie für die bäuerliche Kolonistensiedlung gemeinsame Wurzel in der freien Erbleihe erblickt werden müsse und so ein Zusammenhang zwischen ländlicher (grundherrlicher) Siedlung und Stadt besteht. Im besonderen wird so damit ein neues Licht auf die „Wieken“ geworfen, die nicht mehr als Kaufmannssiedlungen gedeutet werden, sondern als lokale Mittelpunkte des Landes, als bäuerliche Siedlung, Villikation, Kirchort. Die an die westfälischen Verhältnisse anknüpfenden Untersuchungen des Verf. stützen diese These. Die Freiheitsrechte des Kaufmannes sind nicht in einem persönlichen Sonderrecht des Kaufmanns, des Wiks, und der Kaufmannsgilde zu erblicken, sondern in der herrschaftlichen Freieung, die ebenso im ländlichen Bereich vorkommt und die das übergeordnete Rechtsinstitut darstellt. In den Weichbildern — so jedenfalls in Westfalen — hat sich die Gemeindebildung vollzogen; diese Bildung nimmt ihren Ausgang von den Burschaften. Je nach der Struktur einer Landschaft führt die Gemeindebildung zu einer Landgemeinde (so namentlich auch in Kolonistendörfern) oder zu einer Stadtgemeinde.

Das alles sind Thesen, die dem Rezensenten gut belegt erscheinen. Es wird Aufgabe der weiteren rechtsgeschichtlichen Forschung sein, sie nachzuprüfen, im besonderen auch durch Untersuchungen in anderen Gebieten.

*Friedrich Lütge-München*

*Esterhues, E.: Die Seidenhändlerfamilie Zurmühlen in Münster i. W.*

Ein Beitrag zur Handelsgeschichte Westfalens im 17./18. Jahrhundert. (Schriften zur Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsgeschichte, herausgegeben vom Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv zu Köln, Neue Folge, Band 4.) Köln 1960. 71 S.

Die Verfasserin, deren Arbeit von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln als Dissertation angenommen worden ist, gibt ein gründliches und vielseitiges Bild von der Tätigkeit der Seidenhändler Zurmühlen, die in Münster jahrelang die höchsten Steuerzahler waren und deren Handelsbeziehungen trotz der Autarkiebestrebungen der Landesherren doch weit über das Fürstbistum Münster hinausgriffen. Sie geht von genealogischen Untersuchungen aus, verfolgt dann „Art, Umfang und Wandlungen der wirtschaftlichen Betätigung im Handelsgeschäft“ bis zu dessen Auflösung und schließt mit der durchaus berechtigten Feststellung, daß die Handelsgeschichte vom 16. bis 17. Jahrhundert bei der geringen Anzahl der zur Verfügung stehenden Quellen noch recht wenig be-

kannt sei. Man muß die vorliegende Veröffentlichung um so dankbarer aufnehmen, als sie durch Anlagen bzw. Tafeln über Geschäftsverbindungen und genealogische Zusammenhänge erweitert wurde und vielfach über das Handelsgeschichtliche hinausweisend auch Einblicke in die Lebensverhältnisse einer Großhändlerfamilie gewährt. Das gilt, obwohl der Seidenhandel der Zurmühlen durchaus nicht als Typus der Handelsunternehmen im genannten Zeitraum aufzufassen ist.

*Eberhard Schmieder-Berlin*

*Finckenstein, H. W. Graf von*: Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen 1800—1930. Würzburg 1960. Holzner Verlag. 392 S.

Graf Finckenstein ist in der agrarwissenschaftlichen Literatur kein Unbekannter. Sein neuestes Werk ist ein mit ungeheurem Fleiß und großer wissenschaftlicher Akribie durchgeführtes Quellenstudium, das allein deswegen schon wissenschaftlich Beachtung verdient, weil es unbekanntes, verstreut vorhandenes und einheitlich nicht aufgestelltes statistisches Material über die landwirtschaftliche Produktion im alten Preußen vor 1866 gesammelt, aufgearbeitet und vergleichbar macht. Es werden alle Angaben nach der Wörmannschen Methode auf Getreideeinheiten umgerechnet und damit ein vergleichbarer Leistungsmaßstab für alle Zweige der landwirtschaftlichen Produktion gewonnen.

Im Mittelpunkt der Darstellung steht naturgemäß zunächst die Stein-Hardenbergische Reform mit ihren Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion und die Agrarverfassung. Diese Reformgesetzgebung mit ihren Separationen und Zusammenlegungen erlaubte, daß sich eine moderne Landwirtschaft entwickeln konnte. Bei der Beurteilung der Wirkungen der Reform stützt sich Graf Finckenstein vor allem auf noch nicht bearbeitetes statistisches Material des ehemaligen Preußischen Statistischen Landesamts, an dem auch G. F. Knapp vorbeigegangen ist. Dadurch werden eine Reihe von Auffassungen, die bisher die geschichtliche Wissenschaft beherrschten, umgeworfen und richtig gestellt. Daher wird auch die künftige historische Forschung an dieser Arbeit des Grafen Finckenstein nicht vorübergehen können. Der erste interessante Nachweis, der sich im Finckensteinschen Buch findet, ist, daß die Reform zu einer Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche geführt hat, daß aber dadurch sowohl die bäuerlichen Betriebe als auch die großen Betriebe vermehrt wurden, und daß diese Vermehrung der landwirtschaftlichen Großbetriebe nicht mit einem Verlust an bäuerlicher Fläche gleichgesetzt werden kann. Aber gleichzeitig hat die Reform zusammen mit den Auswirkungen der napoleonischen Kriege und der Agrarkrise der zwanziger Jahre zu großen Schwierigkeiten in der betrieblichen Umstellung geführt, so daß eine Stagnation der Erträge während der Durchführung der Stein-Hardenbergischen Reform festgestellt werden kann. Man wird dem Verfasser recht geben müssen, daß vom Gesichtspunkt der landwirtschaftlichen Produktion aus, die

Stein-Hardenbergische Reform in einem wenig günstigen Augenblick einsetzte, und daß es vor allem an der Bildungsmöglichkeit für die durch die Reform neu geschaffenen selbständigen Landwirte fehlte. Man hat auch versäumt, diesen Mangel zu beheben. Hier wird ein außerordentlich wichtiges Problem insofern angeschnitten, als bis zum ersten Weltkrieg in Preußen und vor allem in den östlichen Provinzen das ländliche Volksschul- und Fortbildungsschulwesen keineswegs auf der Höhe seiner Aufgabe gestanden hat. Möglicherweise waren daran auch die im Osten herrschenden gesellschaftlichen Zustände schuld.

Das zweite bedeutende Ergebnis der Untersuchungen des Verfassers sind die mit exakten Ziffern belegten Schilderungen der Spannungen, in die die deutsche Landwirtschaft durch den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft selbst, durch die fortschreitende Industrialisierung und die dadurch entstehenden sozialen Spannungen hineinversetzt wurde, und wie es der Landwirtschaft gelungen ist, innerhalb weniger Jahrzehnte die sich daraus ergebenden Probleme zu lösen.

So ist die Arbeit Graf Finckensteins ein wichtiger Beitrag zur deutschen Agrargeschichte, der manche Irrtümer, die sich in der bisherigen Forschung zäh erhalten haben, beseitigt und richtig stellt.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

*Kuczynski, Jürgen:* Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente aus der Frühgeschichte der Lage der Arbeiter. (Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 8.) Berlin 1960. Akademie-Verlag. VIII, 206 S.

*Kuczynski, Jürgen:* Bürgerliche und halbfeudale Literatur aus den Jahren 1840 bis 1847 zur Lage der Arbeiter. Eine Chrestomathie. Mit einem bibliographischen Anhang von Ruth Hoppe. (Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 9.) Berlin 1960. Akademie-Verlag. VIII, 305 S.

Der bekannte Ostberliner Wirtschaftshistoriker hat sich durch die Herausgabe historischer Dokumente zur Lage der Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verdient gemacht. Die Lektüre dieses sonst schwer zugänglichen, i. a. auch unbekanntem Materials, gewährt einen aufschlußreichen Einblick in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der aufkommenden Industriewirtschaft. Der Leser sieht, wie sehr die soziale Frage schon im zweiten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts nachdenkende und verantwortungsbewußte Menschen bewegt hat. Ruth Hoppe ist die Bibliographie der bürgerlichen Literatur zur Lage der Arbeiter von 1820 bis 1850 zu danken.

In Band 8 bringt Kuczynski Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken, die Berichte und Gutachten der Oberpräsidenten, „Eine Preisfrage der Königlichen Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt im Jahre 1835“, darunter die Frage: „Ist



die Klage über zunehmende Verarmung und Nahrungslosigkeit gegründet? Ursache und Abhilfe des Übels“, ferner interessante Rezensionen des 1844 erschienenen Buches von Friedrich Engels „Über die Lage der arbeitenden Klasse in England“. Die in ihrem Wert sehr unterschiedlichen Berichte und Gutachten in Beantwortung der Umfrage des Staatskanzlers vom Hardenberg v. 5. 9. 1817 spiegeln, wie Kuczynski darlegt, „die politisch-ökonomischen Verhältnisse in ihrer ganzen Wirre, in ihrem Mit- und Gegeneinander von kapitalistischen, halbfeudalen, ja auch noch feudalen Kräfte wider“ (Bd. 8, S. 20).

Diese erste amtliche Untersuchung der Lage der Arbeiter in Deutschland „gibt auch einen teilweise wirklichkeitstreuem Einblick in gewisse Verhältnisse der Werk tätigen, vor allem der Fabrikarbeiter und insbesondere der in den Fabriken beschäftigten Kinder“. Die Umfrage Hardenbergs ist, wie Kuczynski mit Recht betont, „von eminenter Bedeutung sowohl als Dokumentation der materiellen Lage der Arbeiter, insbesondere der arbeitenden Kinder in den Fabriken, wie auch als Spiegelbild der Klassenverhältnisse“ (ebenda, S. 21).

Nach marxistisch-leninistischer Auffassung hat sich der Wissenschaftler in Forschung und Urteil an der gesellschaftlichen Lebenspraxis bzw. der ökonomischen Lebenswirklichkeit zu orientieren. Der klassenbewußte parteilich denkende Historiker ist dank seiner Position, d. h. seiner Selbstidentifikation mit dem proletarischen Lebensschicksal, allein befähigt, die jeweiligen geschichtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse richtig zu beurteilen. Je parteilicher ein Urteil, um so objektiver ist es! Denn nur der klassenbewußte, im marxistischen Geist geschulte Wissenschaftler vermag die wesentlichen Ursachen und Wandlungen der geschichtlichen Entwicklung zu erfassen. Er sieht in der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft einen fortschreitenden Prozeß der Verelendung der Arbeiterklasse. Er sieht nach Kuczynski: Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation. Denn das Ziel der kapitalistischen Wirtschaft ist der Maximalprofit. „Die Mittel, den möglichst hohen Profit zu erreichen, sind die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Ausplünderung der Mehrheit der Bevölkerung“ („Studien zur Geschichte des Kapitalismus“, Teil IV: „Probleme der Gesamtgeschichte des Kapitalismus“, S. 149 ff.). Im Hinblick auf die Wirtschaftsentwicklung in der westlichen Welt, besonders in Westdeutschland, wundert sich Kuczynski: „Merkwürdig, daß es noch Wirtschaftswissenschaftler gibt, die an der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse zweifeln“ (S. 184). Man muß sich tatsächlich wundern, jedoch in anderem Sinne, als wie es Kuczynski meint. Die Parteilinse scheint den Augen alle Sicht zu nehmen. Wie kann die Entwicklung der privatkapitalistischen Marktwirtschaft zu einer von einer Wohlstandsgesellschaft getragenen Industriegesellschaft übersehen werden! Der erwähnte Teil IV der 1954 veröffentlichten „Studien“ bietet geradezu eine Häufung subjektiv-emotionaler, ideologisch

bestimmter und keinesfalls auf die tatsächlichen Verhältnisse zutreffender Urteile. Wirtschaft in Westdeutschland, das heißt nach Kuczynski „den Verfall, die Fäulnis, den Prozeß des Sterbens des Kapitalismus in einem Teil unseres Vaterlandes“ ins Auge fassen (S. 193). Eine derart voreingenommene, irrealistische Deutung und Darstellung der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Situation hat immerhin ihren Wert. Man sieht, wie ein an sich doch ernst zu nehmender Wissenschaftler durch das marxistische Dogma von der Profitgier der Privatkapitalisten und der Ausbeutung der Arbeiterklasse auf Abwege gedrängt wird, von wo aus die Wirklichkeit nicht mehr richtig wahrgenommen werden kann.

*Herbert Schack*-Berlin

*Büsch, Otto*: Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche. (Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission, Band 1.) Berlin 1960. Walter de Gruyter & Co. 230 S.

Die im Jahre 1958 gegründete „Berliner Historische Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin“, die sich u. a. mit der Geschichte Berlins während der Weimarer Republik beschäftigt, beginnt die Reihe ihrer Veröffentlichungen, die neben dem Publikationsorgan, dem „Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands“, erscheinen, mit vorliegender Untersuchung, und in dieser ist nun eine Materie bearbeitet worden, die zwar bisher vernachlässigt, jetzt aber auf gründlicher Kenntnis der Literatur und Quellen behandelt wurde.

O. B., dessen Ausführungen ein Geleitwort des Regierenden Bürgermeisters und ein Vorwort von H. Herzfeld vorangestellt sind, setzt sich in seiner Einleitung allgemein auseinander mit der kommunalen Wirtschaftstätigkeit, die nach dem im Jahre 1911 entstandenen „Zweckverband Groß-Berlin“ und mit der Bildung der Stadtgemeinde Berlin im Jahre 1920, mit den neuen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Anschauungen und Aufgaben, mit dem neuen Stil in Verwaltung und Wirtschaft nach 1918/19 gegeben war. Er verfolgt dann in den anschließenden vier Kapiteln die „Perioden und Formen der kommunalwirtschaftlichen Betätigung“. Dabei werden zunächst deutlich gemacht die vielfältigen politischen Probleme, die politischen Vorstellungen, Bedingungen und Kämpfe um Anerkennung und Ablehnung kommunaler Betriebe, die Tendenzen des gemeindlichen Sozialismus, die Auseinandersetzungen um die kameraristische und die kaufmännische Führung der städtischen Betriebe und deren Umbildung nach dem Vorbilde, das der Königsberger Oberbürgermeister Lohmeyer gegeben hatte. Auch auf die Rolle der leitenden Beamten wird hingewiesen, die in ihren Funktionen einen neuen Beamtentyp bedeuteten.

Das zweite Kapitel deckt die Entwicklung der Kommunalbetriebe bis zum Ende der Inflation auf. Hier werden die einzelnen Betriebe — also u. a. im Verkehrsleben, in der Reklame, im Wohnungsbau und die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke — während der Jahre

der Demokratisierung der Verwaltung, der politischen Unruhe und wirtschaftlichen Depression untersucht. Es ist die Zeit, in der die Kommunalbetriebe erhöhte Bedeutung als Einnahmequelle für den Haushalt der Stadt erlangten und nur als kommerzialisierte Betriebe, die in gewissen Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft gerieten, ihrer Aufgabe gerecht werden konnten, die steigende Einwohnerzahl und die zu einem großen Teile doch einkommensschwache Bevölkerung billig zu versorgen. Selbstverständlich wuchs ihre Rolle als Arbeitgeber und als Auftraggeber in der Berliner Wirtschaft.

Was bis 1923/24 vorbereitet und erreicht worden war, führte, wie O. B. im dritten, dem umfangreichsten Teile seines Buches zeigt, während der folgenden fünf bis sechs Jahre des allgemeinen wirtschaftlichen Aufstieges zu verschiedenen Erfolgen der Kommunalbetriebe, deren betriebliche, soziale und wirtschaftliche Leistungen in den einzelnen Versorgungsbetrieben ausführlich gewürdigt werden. Das letzte Kapitel stellt die Bedeutung der gemeindlichen Betriebe, die im großen und ganzen stabil blieben, für die Versorgung der auf vier Millionen Einwohner angewachsenen Stadt während der Depressionsjahre von 1929 bis 1933 heraus, auch für die Finanzlage der Stadt, die sich nicht zuletzt wegen der hohen und unerläßlichen Investitionen für den Ausbau der Kommunalbetriebe unheilvoll entwickelte und unter einer Neuverschuldung von mehr als 1,2 Milliarden RM litt. Hier wird „des kardinalsten Ereignisses der Berliner Kommunalwirtschaft in den letzten Jahren der demokratischen Selbstverwaltung“ (S. 195) gedacht, der finanziellen Verwertung der Städtischen Elektrizitätswerke und der Aufnahme eines Kredits von 75 Millionen RM.

O. B. schließt seine Untersuchung, der er eine Literaturübersicht anfügt und die er durch ein 18 Seiten umfassendes Personen- und Sachregister leicht zugänglich macht, mit einem kurzen Überblick über die spätere Entwicklung der Kommunalwirtschaft, und dabei wird erst recht deutlich, daß er seine Arbeit noch in die der Weimarer Epoche folgenden Jahre fortsetzen sollte, ja sogar: müßte. Jedenfalls hat die Berliner Historische Kommission mit diesem ihrem ersten Bande ein Werk herausgebracht, das als verpflichtendes Vorbild den folgenden Publikationen dienen sollte, und es wird nicht leicht fallen, Gleichwertiges oder Besseres vorzulegen.

*Eberhard Schmieder-Berlin*

Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern, I. Band. Im Auftrag des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates herausgegeben von Ernst Birke und Rudolf Neumann unter Mitwirkung von Eugen Lemberg. Frankfurt am Main/Berlin 1959. Alfred Metzner Verlag. X, 398 S.

Das Buch wird mit einer historischen Darlegung von Ernst Birke und Rudolf Neumann eingeleitet, die die Warnung des französischen Historikers Henri Martin aus dem Jahre 1866 an den Anfang stellt. Martin sieht damals schon „eine stetig näher schreitende Bedrohung“



der ganzen europäischen Gesellschaft durch Rußland, die mit der Zerstörung des Rechtes auf Nationalität anfängt und dann „bei der Zerstörung des Eigentumsrechtes anlangen wird“. Diese Bemerkung des geistreichen und weitsehenden Historikers bleibt aber leider eine Bemerkung, weil die Verfasser es versäumen, sie hineinzustellen in den damals schon wirksam werdenden russischen Imperialismus auf religiöser und panslawistischer Grundlage. Stalin sagte einmal von dem zaristischen Imperialismus, daß seine Ziele Königsberg, Lemberg und Konstantinopel seien. An diesem russischen Imperialismus der Zarenzeit hat Stalin nach 1941 auf marxistisch-leninistischer Grundlage festgehalten mit dem Ergebnis, das wir heute vor uns sehen. Gerade dieser Zusammenhang zwischen marxistisch-leninistischer Weltrevolutionsideologie und dem Imperialismus der Zarenzeit eröffnet erst das tiefere Verständnis für die Sowjetisierung Mitteleuropas. Thalheim deutet in seinem Beitrag auf diese Grundlage sowjetischer Politik bei ihrem Verhalten in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands hin.

Die verschiedenen Beiträge über die Baltischen Länder, Polen und die Tschechoslowakei zeigen dann in großen Zügen die Vorgänge bei der gewaltsamen, aber zielbewußten Sowjetisierung dieser Länder und die Abwehrkräfte, die sich vor allem in der Jugend regen. Der Leser erhält hier einen guten Überblick über die von den Sowjets angewandten Rezepte und Hinweise für eine mehr in die Tiefe gehende Untersuchung.

Der Donau- und Balkanraum, also Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Albanien werden in einer Abhandlung zusammengefaßt. Dabei wird von dem bis auf die heutigen Tage nachwirkenden historischen Ereignis des um die Mitte des 14. Jahrhundert einsetzenden Türkeneinbruchs in die Balkanländer und in Südosteuropa ausgegangen. Aber hier fehlt eine Darstellung des ungarischen Aufstandes von 1956 mit seinen Ursachen und Wirkungen. Wenn auf S. 263 in der Anmerkung behauptet wird, daß Dimitroff als bulgarischer Emigrant vor 1933 deutscher Reichstagsabgeordneter gewesen sei, so ist das offensichtlich ein Irrtum. *W. M. Frhr.v.Bissing-Berlin*

*Klingmüller, Erich, und Ruban, Marie Elisabeth:* Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten. (Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin: Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen, herausgegeben von Karl C. Thalheim, Band 12.) Berlin 1960. In Kommission bei Duncker & Humblot. 310 S.

Der Band ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Allgemeine Teil behandelt die wirtschaftstheoretischen Grundlagen der Zusammenarbeit und ihre politischen Hintergründe, während im zweiten, besonderen Teil die Formen, in der diese Zusammenarbeit in der Praxis erfolgt, dargestellt sind. Dabei wird naturgemäß der Tätigkeit des 1949 gegründeten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe ein besonders großer Raum zugewiesen.



Die wirtschaftlichen Grundlagen der ökonomischen Verflechtungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ostblockstaaten ist die durch militärische Gewalt durchgeführte „volksdemokratische Revolution“, die den osteuropäischen Völkern gegen ihren Willen das sowjetische Gesellschaftssystem und das System der zentralen sowjetischen Verwaltungswirtschaft aufgezwungen hat. Dadurch wurde die Sowjet-Union zur „dominierenden Wirtschaft“ im Sinne von Perroux und gleichzeitig die politisch führende Macht im Osten Europas. Das amerikanische Embargo trug maßgeblich dazu bei, daß ein von der übrigen Weltwirtschaft deutlich abgegrenzter sozialistischer Weltmarkt entstand.

Doch trotz der Gleichheit der Wirtschaftssysteme und der Ideologien kann von einer allgemeinen Harmonie der wirtschaftlichen Interessen der Ostblockstaaten nicht die Rede sein. Eine solche Harmonie verhindert die imperialistische Politik der UdSSR. Ihrem Ziel, die Festigung des Sozialismus und die Ausbreitung der Weltrevolution, wird auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit untergeordnet, dem dient die Koordinierung der Wirtschaftssysteme und der Wirtschaftspläne, und zu diesem Zweck kommt es auch zu einer gewissen Arbeitsteilung zwischen der Sowjet-Union und ihren Satellitenstaaten, deren Souveränität gerade nach außen mit Mühe gewahrt wird.

Wie diese Zusammenarbeit theoretisch begründet wird, wie weiter Ansätze zu einer Theorie des Außenhandels zwischen Staaten mit einer zentralen Verwaltungswirtschaft entstehen, wie endlich der Ostblock bemüht ist, unter Führung der Sowjet-Union in den Entwicklungsländern wirtschaftlich Fuß zu fassen, wird eingehend dargestellt und mit statistischen Unterlagen deutlich gemacht.

Die Arbeit der beiden Verfasser ist ein wertvoller Beitrag zur Theorie und Praxis der sowjetischen Wirtschaft und zur Theorie und Praxis des Außenhandels zwischen Ländern, deren Wirtschaft nach sowjetischem Muster geordnet ist. *W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin*

*Krüger, Karl: Die Türkei. Berlin 1958. Safari-Verlag. 392 S.*

Der seit Jahren um die Konzeption einer Regionaltechnik und Techno- bzw. Ingenieurgeographie bemühte Geograph ist ein guter Kenner der Türkei. Er ist daher auch im Gegensatz zu anderen Darstellungen desselben Gegenstandes in der Lage, einen gediegenen Überblick über die Geschichte sowie die Wirtschafts- und Sozialkunde des Landes unter besonderer Berücksichtigung des Kulturlebens zu bieten. Wertvoll sind auch die Bemerkungen über die türkische Sprache, bei denen der Verf. aus seiner Dolmetschererfahrung schöpfen kann, was um so wichtiger ist, als uns Deutschen die Kenntnis gerade dieser Sprache meistens fehlt. Mit besonderer Liebe sind die Kapitel über die Landwirtschaft und den Bergbau geschrieben. Der Verf. verbindet damit zugleich den Hinweis auf die Bedeutung einer Erhöhung des Bildungsniveaus der unteren Schichten auf dem Lande. Der Anhang bietet eine Geschichtstabelle und verschiedene

Statistiken sowie Kartenskizzen. Für jeden, der sich rasch von einem Kenner der Türkei orientieren lassen will, dürfte das Buch von Nutzen sein. *Friedrich Bülow-Berlin*

*Hershtag, Z. Y.*: Turkey, an economy in transition. Den Haag 1958. Van Keulen Verlag. (Institute of Social Studies. Publications on Social Change No. 14.) 340 p.

Der schon durch andere Publikationen über Wirtschaftsprobleme des Nahen Ostens bekannt gewordene Verfasser, Dozent an der Universität Jerusalem, legt hier eine sehr gute Einführung in die Wirtschaftsgeschichte der Türkischen Republik vor. Er unterscheidet drei Perioden, die man (nach ihm) als die des Wiederaufbaus nach den Kriegen in den 20er Jahren, als die des Etatismus in den 30er und zu Beginn der 40er Jahre, als die des staatlichen Interventionismus in den end-40er und 50er Jahren bezeichnen kann. Es wäre vielleicht besser gewesen, in einem Lande wie der Türkei mit einem soliden wirtschaftsgeographischen Kapitel anzufangen. Der Verf. gibt darüber nur zwei Annexe, muß aber so dauernd auf die schlechten Böden, die Dürren, die „falsche“ Lage der Bodenschätze, das unentwickelte Verkehrssystem zurückkommen. Die Arbeit will auch wirtschaftstheoretisch sein. So finden sich längere Ausführungen zur Frage des Lebensstandards, wo er mit komplizierten Formeln nachzuweisen versucht, daß sich dieser trotz starker Bevölkerungsvermehrung pro Kopf gebessert habe. Aber er muß (in einem Annex) selbst zugeben, daß die türkische Statistik wohl für derartige Berechnungen nicht gut genug ist. Jedenfalls wird dies Buch ein Nachschlagewerk für alle Probleme der türkischen Wirtschaft auf längere Zeit bleiben und wichtig sein auch für die Diskussion, wie man den weniger entwickelten Gebieten helfen kann: Staatskredite, économie mixte, völlig freie Wirtschaft usw. Die Buchausstattung ist vorzüglich (die beigegebene Karte der Türkei ausgenommen). *Walther Maas-Braunschweig*

Die ökonomische und soziale Entwicklung Indiens. (Sowjetische Beiträge zur indischen Geschichte, Band I, herausgegeben von Walter Ruben.) Berlin (Ost) 1959, Akademie-Verlag. X und 308 S.

Der Herausgeber will aus der sowjetischen Indienforschung für die Leser, die des Russischen nicht mächtig sind, eine Auswahl aus der Fülle der sowjetischen Indienarbeiten „als Kostprobe“ vorlegen. Daß damit die ökonomische Entwicklung Indiens unter dem Blickwinkel des historischen Materialismus betrachtet wird, ist selbstverständlich. Der Leser der Abhandlungen kann nun sehen, wie einseitig diese Betrachtungsweise ist und wie sie das historische Geschehen in eine ideologische Zwangsjacke preßt. *W. F. Frhr. v. Bissing-Berlin*

*Rostow, W. W.*: Rot-China, Wirtschaft und Politik. Autorisierte Übertragung ins Deutsche von Hans Peter Schwarz. Markus-Verlag G.m.b.H. Köln. 417 S.

Das bereits 1954 in Amerika in englischer Sprache erschienene Werk liegt nunmehr auch in einer deutschen Übersetzung vor. Seine tatsächlichen Feststellungen werden durch die neueren Arbeiten Handkes und Grossmanns bestätigt und weitergeführt. Mit Recht stellt Rostow zwei entscheidende Fragen in den Vordergrund: einmal ob das kommunistische China „der bisher universalen Krankheit des Kommunismus, einer relativen Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion“ entgehen kann, und dann ob „das kommunistische China den Völkern der unentwickelten Gebiete ein Musterbeispiel für eine erfolgreiche Modernisierung bieten kann“. Es trifft nach den neuen Forschungen durchaus zu, wenn Rostow und seine Mitarbeiter meinen, daß die Agrarproduktion in China bis 1959 kaum mehr als 10 % und bis 1965 nur mehr als 20 % gesteigert werden kann. Die inzwischen geschaffenen Kommunen haben wohl mit den Zweck, die unzähligen verstreut liegenden Gräber einzuebnen und den dann gewonnenen Boden umzupflügen und anzubauen, um auf diese Weise die Ackerfläche zu vermehren. Die Pekinger Volkszeitung hat nach Angaben von Grossmann berechnet, daß allein in der Provinz Liaoning diese Gräber eine Fläche von rund 80 000 ha einnehmen. Außerdem soll die Verteilung und Auswertung der Nahrungsmittel in den errichteten Gemeinschaftsküchen verbessert werden. Bis heute dürfte jedoch der Nahrungsmittelmangel in China noch nicht beseitigt sein. Die zweite grundlegende Frage wird dahin beantwortet, daß die Vorgänge in China von den asiatischen Entwicklungsländern in erster Linie mit Spannung verfolgt werden. Daher muß Peking, „indem es sich sowohl auf seine militärische Stärke beruft, als auch indem es geltend macht, daß es die richtige Formel für die Lösung der asiatischen Probleme besitzt, in überzeugender Weise auch weiter so auftreten, als ob von ihm die Zukunft Asiens abhängt. Ob Peking das kann, hängt weitgehend von der freien Welt ab, von ihrem Vorgehen und ihrer Politik, sowie von dem Bild, das die Bürger Asiens von der freien Welt gewinnen“.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

*Grossmann, Bernhard:* Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China. (Ökonomische Studien, herausgegeben vom Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft der Universität Hamburg, Heft 6.) Stuttgart 1960. Gustav Fischer Verlag. XI, 431 S. mit 9 Schaubildern und zwei Landkarten.

Der Verfasser beherrscht die chinesische Sprache und hat offenbar das chinesische Originalmaterial aus dem Archiv des USA-Generalkonsulats in Hong-Kong weitgehend verwandt. Er will Methoden und Probleme der chinesischen Entwicklungspolitik darstellen. Seine Kenntnisse, das von ihm verwandte und beherrschte Material haben dazu geführt, daß wir in seiner Arbeit über einen ausgezeichneten Wegweiser durch die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik Chinas verfügen. Manche Irrtümer und schiefe Anschauungen



über ökonomische Probleme in China werden dadurch aus dem Wege geräumt.

Für die Entwicklungsplanung Chinas sind weniger die wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes als vielmehr die Theorien von Marx und Lenin maßgebend, und so wird die chinesische Entwicklungspolitik ständig von dem Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ideologie beherrscht. Nach der Theorie Lenins wird auch der schweren Industrie der Vorrang eingeräumt, wobei der Industrie das Ziel gesetzt ist, bis zum Jahre 1972 die industrielle Leistungsfähigkeit Groß-Britanniens zu erreichen. Dabei ist für China kennzeichnend, daß man eine kommunistische zentrale Verwaltungswirtschaft vor sich hat, und daß gleichzeitig eine in gewissen Grenzen zum mindesten kapitalistische Industrie vorhanden ist, in der man die Unternehmer aus der vorkommunistischen Epoche allerdings mit sehr beschränkten Rechten in gewissem Umfang erhalten hat. Aber man will nicht nur große industrielle Betriebe schaffen, sondern auch kleine Unternehmen des Bergbaus und der Industrie ins Leben rufen, um das relativ knappe Kapital durch Arbeitskraft zu substituieren. Diese beiden Momente und die Errichtung der Kommunen sind auffällige Abweichungen vom sowjetischen Modell. Auch in China hat die zentrale Planung zu ähnlichen Reibungen wie in der Sowjeunion geführt, und die daraus sich ergebenden Inflationerscheinungen machen sich in China als einem Entwicklungsland besonders bemerkbar. Mit Recht betont Grossmann, wie gerade die Inflation eine besonders gefährliche Kinderkrankheit der Entwicklungsländer ist. Die Ideologisierung aber fördert diese Krankheit.

Die ökonomischen Leistungen Chinas schlagen, worauf Grossmann am Schluß seines Buches hinweist, die ostasiatischen Entwicklungsländer in ihren Bann. Er meint, daß das Indien Nehrus mit seinem freiheitlich orientierten Sozialismus gegenüber China als eines der stärksten Bollwerke gegen den Kommunismus angesehen werden muß. Mir scheint, daß in der Zukunft wohl Japan diesen Entwicklungsländern mehr und mehr als Vorbild dienen wird, das sich im wesentlichen aus eigener Kraft im 19. und 20. Jahrhundert zu einem großen Industriestaat emporgearbeitet hat und dem es gelungen ist, mit seinem behutsam gelenkten Kapitalismus schnell die Folgen des Zusammenbruchs von 1945 zu überwinden und das auch aus dem verderblichen Weg der Inflation herausgefunden hat, den Indien offenbar nicht zu vermeiden versteht. Es scheint mir doch sehr zweifelhaft nach dem, was man in Ostasien an Ort und Stelle sehen und hören kann, ob das indische Modell wirklich mit der notwendigen Schnelligkeit zum Ziel führt, die angesichts der großen Bevölkerungsvermehrung erforderlich ist. Mir scheint, daß die asiatischen Länder vor der Entscheidung stehen, ob sie dem Vorbild Chinas, Indiens oder Japans folgen werden. Diese Entscheidung werden sie aber voraussichtlich erst dann treffen, wenn ihnen klar geworden ist, worauf sich der relativ hohe Lebensstandard Japans gründet.



Das interessante Buch von Norman Jacobs „The Origin of modern Capitalism in Eastern Asia“, Oxford University Press 1958, in dem die Ursachen für die verschiedenen Wege der Industrialisierung in China und in Japan dargelegt werden, hat dem Verfasser offenbar noch nicht vorgelegen, als er sein Buch schrieb.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

*Obst, Erich*: Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie. Bd. VII des Lehrbuchs der Allgemeinen Geographie (herausgegeben von demselben). Berlin 1959. Walter de Gruyter & Co. 587 S.

Die Wirtschaftsgeographie muß zwei Klippen vermeiden, einmal die des „geographischen Materialismus“: den Versuch, die wirtschaftlichen Unterschiede von Ort zu Ort einfach als eine Funktion der verschiedenen Naturausstattung (Klima, Bodenschätze) zu sehen. Zum anderen den Fehler, den Nationalökonom oft machen, einfach die geographischen Umstände zu vergessen. So wußte ein sehr berühmter Nationalökonom nicht, daß am Äquator jeder Tag das Jahr hindurch zwölf Stunden lang ist, was doch bei der Durchführung des Achtsturentages, den wir gerade behandelten, sehr wichtig ist. Nun, Erich Obst wird die geographischen Gegebenheiten sicher nicht vergessen, er wird aber — das beweisen seine früheren Werke z. B. über das Britische Empire — auch nicht in den umgekehrten Fehler verfallen und in ihnen die ganze Erklärung suchen. Denn was ist Wirtschaftsgeographie? Allzuoft ist sie noch eine bloße lokalisierte Produktionsstatistik, das war so ganz allgemein in Deutschland bis 1914 und ist es im Ausland noch weitgehend (und ist es übrigens auch noch fast überall im Geographieunterricht besonders der Handelsschulen). Später betonte man die Wechselwirkungen zwischen Mensch, Natur und Wirtschaft. Da kommt es dann sehr auf die Setzung der Akzente an. Unter dem Einfluß der politischen Geographie und Geopolitik kam man zum Studium der Wirtschaftsräume und entwickelte eine Lehre vom Wirtschaftsgefüge der Erde. Dazu gehört auch das vorliegende Buch. Aber Obst beginnt mit einem „Verzicht“: „Beim Faktor Mensch gibt es augenscheinlich Einwirkungen, denen zweifellos erhebliche wirtschaftliche Bedeutung zukommt, die aber nicht von geographischer Seite zu untersuchen sind. Letztere, zu denen wir die Mehrzahl der Maßnahmen wirtschaftspolitischer und arbeitsorganisatorischer Art rechnen, beziehen wir bewußt nicht in die Wirtschaftsgeographie ein, sondern teilen sie der Volks- und Betriebswirtschaftslehre zu“ (S. 3).

Wen will er nun belehren, denn es handelt sich um ein Lehrbuch im besten Sinne dieses Wortes, die Geographen? Sie sollten das wichtigste des hier Vorgetragenen kennen. Die Wirtschaftswissenschaftler? Diesen wird es sicher gut tun, kräftig auf die Raumbedingtheiten aufmerksam gemacht zu werden. Den „allgemeinen Leser“? Bedeutet nicht der Verzicht auf die Wirkungen von Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art (Montanunion, Präferenzzölle im Commonwealth, Maßnahmen innerhalb des Sowjetblocks usw.) in vielen Fällen die

Unmöglichkeit, die volle Wirklichkeit erklärend zu beschreiben? Wer Wirtschaftsgeographie treiben will, *muß* eben soviel Volks- und Betriebswirtschaftslehre beherrschen, daß er allseitig die Dinge studieren kann. Das ist übrigens im Buche trotz des theoretischen Verzichtes weitgehend der Fall. „Eine Wirtschaftsgeographie, wie sie sein sollte“ (falls die Politiker nicht dauernd eingriffen . . .), hat heute noch weniger Sinn als 1924, als mein Lehrer Alfred Rühl diesen Satz prägte.

Das Buch ist das beste gegenwärtig vorhandene Lehrbuch der Wirtschaftsgeographie in irgendeiner Sprache. Die Ausstattung mit statistischen Tabellen, meist bis 1956, oft bis 1957, und mit Wirtschaftskärtchen (52), Druck und Papier sind hervorragend. Sprachlich ist die Lektüre, wie bei fast allen Werken von Erich Obst, ein Genuß. Auch viele Dinge, die außerhalb der eigentlichen Wirtschaftsgeographie liegen (z. B. im Kap. Der Mensch als Träger der Wirtschaft S. 238—256 bezüglich Religion, Nationalität, Wirtschaftsgeist usw.) werden vorgetragen und von hoher Warte beleuchtet. Dabei fällt die Nichtberücksichtigung „östlichen“ Schrifttums auf, nur Baranski wird genannt.

*Walther Maas-Braunschweig*

*Boesler, Klaus Achim:* Die städtischen Funktionen. Ein Beitrag zur allgemeinen Stadtgeographie aufgrund empirischer Untersuchungen in Thüringen. (Abhandlungen des Geographischen Instituts der Freien Universität Berlin, herausgegeben von Prof. J. H. Schultz, Bd. 6.) Berlin 1960. Dietrich Reimer Verlag. 80 S. 12 Karten.

Die manchmal etwas zu apodiktisch urteilende Dissertation hat ein großes Ziel: sie will die Stadtgeographie endlich vorwärts bringen. Dazu stellt sie ein Denkmodell einer Stadt nach Max Webers Idealtypen auf. Diese Stadt hat 40 000 Einwohner, wovon 55 % berufstätig sind, und zwar im überörtlichen Bereich 39 %, im örtlichen 16 %. Diese Zahlen ergeben sich aus empirischen Untersuchungen in 12 gleich zu nennenden thüringischen Städten, sowjetischen und tschechoslowakischen Planzahlen und Zahlen aus den Städten Zyrardów (Polen), Skövde (Schweden), Woonsocket (USA). Die empirischen Grundlagen für die Konstruktion der Gedankenpyramide sind somit schwach. Tab. 9 gibt nun außerdem die „Wertschöpfung“ der Modellstadt in den einzelnen Funktionsbereichen, wozu der Verf. selbst sagt, daß die Basis schmal ist und anders sein könnte. Festeren Grund, nämlich geographischen, hat er unter den Füßen bei der Feststellung der Flächennutzungsarten (siehe die Karten). Er stellt dann funktionale Stadttypen heraus, von denen einige an thüringischen Beispielen vorgeführt werden, nämlich die Großstadt Erfurt, die multifunktionalen Mittel- und Kleinstädte Suhl, Meiningen, Bad Liebenstein, Hildburghausen, die monofunktionalen Mittel- und Kleinstädte, und zwar Industriestädte Sonneberg, Apolda, Ruhla, Bleicherode und die Sommer- und Winterfrische Oberhof. Es folgen zwei Orte „mit verkümmelter funktionaler Struktur“: Weimar, Buttstädt.

Diese regionalen Untersuchungen, unterstützt durch Karten, Schaubilder und Tabellen, sind sehr ordentlich gemacht und bringen die Stadtgeographie wirklich vorwärts, während man bei dem Denkmodell doch allerlei Bedenken hat, die hier jedoch nicht aufgeführt werden können. Auf den S. 25—30 werden die bisherigen Ansichten in der funktionalen Stadtgeographie zusammengestellt, eine an sich verdienstliche Sache. Leider fehlt bei der amerikanischen Literatur der wichtigste Mann: Prof. Burgess in Chicago, bei den Schweden wird die Stockholmer Schule mit Recht erwähnt, aber die in Lund, wo Prof. Edgar Kant und Schüler viel gearbeitet haben, nicht (im Lit.-Verz. ist der Kantschüler Godlund). Von Chabot-Paris wird ein Aufsatz von 1931 genannt, nicht aber sein wichtiges Buch von 1948. Pierre George erscheint S. 11 einfach als Pierre (sein Buch dürfte also kaum in den Händen des Verf. gewesen sein...). Aber die Schrift ist trotz allem begrüßenswert, denn man muß dem Verf. zustimmen, man muß mehr tun auf dem Wege „Formen und Strukturen als Wirkungsgefüge zu erkennen, sie auf Funktionen zurückführen“ (Th. Kraus, zitiert S. 11).

Walther Maas-Braunschweig

*Kristensen, Thorkil*: The Economic World Balance. Copenhagen 1960. Verlag Munksgaard. 377 p.

Weltwirtschaft und Weltpolitik sind nach dem zweiten Weltkrieg zunehmend von zwei interdependenten Spannungsverhältnissen beherrscht worden, von der Auseinandersetzung zwischen West und Ost und dem Gegensatz zwischen armen und reichen Ländern. Diese Konstellation wird auch für die nächsten Jahrzehnte nicht an Bedeutung verlieren, und der Gedanke der „Dänischen Gesellschaft für Außenpolitik“ lag deshalb nahe, eine Studie anzuregen mit dem Hauptzweck, die Wachstumsentwicklung in verschiedenen Regionen der Erde für einen noch relativ überschaubaren Zeitraum (1955 bis 1980) aufzuzeigen und zu vergleichen. Im Herbst 1956 wurde eine Gruppe von zwölf dänischen Wissenschaftlern, vornehmlich Ökonomen und Statistikern, unter Vorsitz von Prof. Kristensen, mit der Durchführung dieser interessanten, aber keineswegs unproblematischen Untersuchung beauftragt.

Worin bestehen die wichtigsten Ergebnisse der Studie? Die Welt wird in neun primär geographisch abgegrenzte Regionen eingeteilt<sup>1</sup>. Nach dem Entwicklungsstand geordnet, sind es die folgenden: Nordamerika, Westeuropa, Ozeanien, USSR, Osteuropa, Lateinamerika, der Nahe Osten, Asien und Afrika. Für jede dieser neun Regionen werden, ausgehend von den absoluten Werten im Jahre 1955, für die nächsten 25 Jahre Minimum- und Maximumwerte für die durchschnitt-

<sup>1</sup> Eine andere bessere Einteilung ließ sich offenbar aus technischen Überlegungen bezüglich der Materialaufbereitung nicht verwirklichen. An verschiedenen Stellen der Arbeit wird jedoch den teilweise beträchtlichen ökonomischen Unterschieden innerhalb dieser Regionen (z. B. Asien) Rechnung getragen.



lichen jährlichen Wachstumsraten der Bevölkerung und des Netto-Sozialprodukts (ohne Außenbeitrag) ermittelt.

Den Autoren kommt es jedoch nicht auf eine exakte und eindeutige Berechnung absoluter Werte und Wachstumsraten an, weil dies nach dem Stand der Forschung und der Quantität und Qualität des empirischen Materials nicht möglich erscheint. Sie betonen außerdem, daß es sich in Anlehnung an die amerikanische Terminologie nur um „projections“, nicht um „predictions“ (forecasts) handeln kann (S. 230). Sie verwenden die erwähnten „Berechnungen“ in erster Linie dazu, um Vergleiche anzustellen. Dabei wird von der Behauptung ausgegangen, daß solche Vergleiche auch ohne genaue Schätzungen über die tatsächlichen Wachstumsraten sinnvoll sind.

Im folgenden seien die Ergebnisse der wichtigsten Vergleiche kurz angedeutet. Im West-Ostvergleich (Nordamerika und Westeuropa versus Ostblock) wird „errechnet“, daß der Anteil des Westens 1980 am gesamten Netto-Sozialprodukt 73,9% (74)<sup>2</sup> betragen wird, gegenüber 78,6% im Jahre 1955. Bezüglich des Pro-Kopf-Wertes gelangt die Studie zu dem Ergebnis einer Verbesserung des prozentualen Anteils des Ostens von 42,4 auf 51,3 (51,0)%. Es wird insgesamt eine bedeutende, aber keine revolutionäre Verbesserung der relativen Position des Ostens als Ergebnis herausgestellt.

Ein Vergleich zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Regionen bestätigt die oft vertretene Ansicht, daß die „Wohlstandsunterschiede“ in der absehbaren Zukunft nicht geringer, sondern größer zu werden tendieren. Für die Entwicklungsländer wird sich das Netto-Sozialprodukt pro Kopf von 100 auf 115 (145) \$ verbessern, in den entwickelten Ländern jedoch von 945 auf 1405 (2015) \$. Der prozentuale Anteil der unterentwickelten Länder fällt somit von 10,7 auf 8,0 (7,1) %.

Schließlich sei noch auf die Entwicklung innerhalb der Gruppe der armen Länder hingewiesen. Hier wird Asien (einschließlich China) allen anderen Entwicklungsländern (Latein-Amerika, Naher Osten und Afrika) gegenübergestellt. Das Ergebnis ist für die Pro-Kopf-Werte folgendes: Asien verschlechtert seine Position u. U. von 75 auf 70, verbessert sie bei der Maximal-Schätzung jedoch auf 90 \$. Die übrigen Regionen haben dagegen einen Zuwachs von 175 auf 230 (295) \$, so daß der prozentuale Anteil Asiens von 42,6 auf 30,3 % fällt. Hier spiegelt sich die weit verbreitete Ansicht wider, daß Latein-Amerika und Afrika bessere Entwicklungsaussichten haben als Asien, was vornehmlich auf die unterschiedliche Bevölkerungssituation zurückgeführt wird.

Auf welcher Grundlage beruhen diese Ergebnisse, und wie ist die Untersuchung aufgebaut? Die Autoren beginnen mit einer kurzen Bestandsaufnahme der Situation im Jahre 1955 bezüglich der Auftei-

<sup>2</sup> Die Klammer-Werte geben die maximale Schätzung an.



lung der Bevölkerung und des Netto-Sozialprodukts auf die neun Regionen, vervollständigt durch einen Rückblick auf die Wachstumsraten dieser beiden Kategorien in den Jahren 1938—1955. In dem darauf folgenden umfangreichsten Teil des Buches (Kap. II bis VI) hat man sich nicht damit begnügt, diese in der Vergangenheit beobachteten Wachstumsraten global in die Zukunft zu projizieren. Statt dessen wurde der Versuch gemacht, durch eine detaillierte Analyse relevanter Wachstumsfaktoren und ihrer Wirkungen auf den Wachstumsprozeß die Entwicklungsaussagen zu fundieren. Eine Zusammenstellung und Aufbereitung vornehmlich der einschlägigen statistischen Unterlagen und Regionalanalysen der UN und anderer internationaler Organisationen dient als breite Grundlage für Schätzungen über die Entwicklung des Wachstumspotentials. Vier Wachstumsfaktoren werden in diesem Zusammenhang ausführlich diskutiert: Bevölkerung bzw. Arbeitspotential, Kapital, Natur, Kultur. Die beiden zuletzt aufgeführten Faktoren sind in die Analyse einbezogen worden, um vor allem wichtige qualitative Aspekte des wirtschaftlichen Wachstums in den verschiedenen Regionen mitzuerfassen. Schließlich wird nach einer geschickten Kurzdarstellung der relevanten Wachstumstheorien die Verbindung dieser Faktoranalyse mit der Entwicklung des Netto-Sozialprodukts durch die Cobb-Douglas-Funktion numerisch illustriert. Diese Funktion findet in folgender Fassung Verwendung:  $P = \beta L^{\alpha_1} C^{\alpha_2} (1 + \gamma)^t$ , wobei der Faktor  $(1 + \gamma)^t$  die Wirksamkeit der „background factors“ Natur und Kultur zum Ausdruck bringen soll. Durch plausible Annahmen für die Parameterwerte  $\alpha_1$  u.  $\alpha_2$  lassen sich zwar recht gewagte, aber auch interessante Aussagen über die Größenordnung von  $\gamma$  machen (S. 253 bis 258).

Es liegt im Wesen der vorliegenden Untersuchung, daß sich viele Einwendungen vorbringen ließen sowohl im einzelnen bezüglich der Bewertung der Tatbestände und der Schätzungen als auch ganz generell hinsichtlich der Problematik eines solch umfassenden Unterfangens. Die Autoren haben einer Kritik in dieser Hinsicht durch wiederholte ausführliche Betonung und Anerkennung der sehr begrenzten Aussagekraft der Ergebnisse schon weitgehend vorgebeugt. „It should be frankly stated that these projections, from a scientific point of view, have a rather poor basis. This is indicated by the fact that the explicit arguments underlying the projections are somewhat scanty.“ (S. 251). Angesichts dieser Zugeständnisse stellt sich aber doch die Frage nach dem Wert einer solchen Untersuchung. Das um so mehr, wenn man sich vergegenwärtigt, welchen Ermessensspielraum die in der Studie angewendete Methode mit sich bringt, mit Maximum- und Minimumwerten für die Wachstumsraten zu arbeiten und dabei die Unterschiede so groß zu wählen, daß dadurch z. B. die Resultate der angeführten Vergleiche einen sehr geringen Zuverlässigkeitsgrad besitzen. Dies besonders dann, wenn unterschiedliche Kombinationen der Maximum- und Minimumwerte berücksichtigt werden! Es wirkt demgegenüber wenig ermutigend, wenn die Auto-

ren feststellen, „the position is perhaps best described, if we say that, on the basis of an overall estimate there is more likelihood that the rates of growth will be within these limits rather than outside them“ (S. 251).

Besinnt man sich in diesem Zusammenhang auf die bescheidenen Erfolge, die eine Reihe von bekannten Prognosen auf im Vergleich zu dieser Studie eng begrenzten Teilgebieten bei ungleich besserer Materialgrundlage gehabt hat, dann erscheint der Mut, die vorliegende Untersuchung im „Weltmaßstab“ trotzdem gewagt zu haben, bewundernswürdig. In Anbetracht der vorgebrachten grundsätzlichen Bedenken, auf welche die kritischen Bemerkungen beschränkt bleiben müssen und können, kann man wohl mit den Autoren der Ansicht sein, daß die Studie in dieser Beziehung allein das Verdienst hat, Grundlage und Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen zu sein (S. 20).

Ganz gleich, wie man über den Wert der Prognosen urteilen mag, so enthält die Arbeit doch ohne Zweifel eine Reihe wertvoller Anregungen und Einzelbeiträge auf empirischem und theoretischem Gebiet. Darüber hinaus wird ein detailliertes Strukturbild für die neun Regionen gewonnen, das in dieser übersichtlich aufbereiteten Form bisher geschlossen in einer Publikation nicht zur Verfügung stand. Da das Buch bewußt so geschrieben worden ist, daß es auch ohne spezielle Vorkenntnisse gelesen werden kann, und insofern nicht nur eine wissenschaftliche Funktion erfüllt, ist ihm eine weite Verbreitung zu wünschen, um die vagen Vorstellungen und Vermutungen der Öffentlichkeit durch fundiertere wissenschaftliche Urteile zu ersetzen (S. 19).

*Detlef Lorenz-Berlin*

National Bureau of Economic Research: The Comparative Study of Economic Growth and Structure. New York 1959. 200 S.

Die Impulse zur Ausbildung jenes nunmehr zwar breit, doch ohne innere Geschlossenheit angelegten Forschungsbereichs innerhalb der Wirtschaftswissenschaft, der sich ganz allgemein mit den Fragen der Wirtschaftsstruktur und des ökonomischen Entwicklungsprozesses befaßt, gingen von mindestens zwei, in ihrer wissenssoziologischen Motivierung verschiedenen Quellen aus. Die Unzulänglichkeit der Keyneschen Beschäftigungstheorie, die im Zuge der Verallgemeinerung dieses für die kurze Periode so ungeheuer fruchtbaren Ansatzes aufgedeckt wurde, führte zur Aufstellung von Wachstumsmodellen vom Typ Domar und Harrod, deren Modellcharakter sich aus der engen Verknüpfung mit dem Gleichgewichtskonzept herleitet. Der andere Impuls ging von praktisch-politischen Erfordernissen aus. Die Lage der Entwicklungsländer scheint unter ökonomischem, sozialem, weltpolitischem, ja humanitärem Aspekt die Aufstellung von Entwicklungsprogrammen zu einer vordringlichen Aufgabe zu erheben, bei deren Bewältigung die ökonomische Forschung der praktischen Wirt-

schaftspolitik in geradezu idealer Weise helfend zur Hand gehen könnte und sollte. Notwendigerweise wird dabei die Befassung mit der Wirtschaftsstruktur und der wirtschaftlichen Entwicklung unter besonderer Beachtung der historischen Konstellationen in den Vordergrund treten.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Verbindung beider Ansätze zu einer einheitlichen, den theoretisch-analytischen und den empirisch-historischen Aspekt zusammenfassenden Forschung, und zwar speziell im Sinne einer vergleichenden Teildisziplin innerhalb der allgemeinen Wachstums- und Strukturforschung ist die Grundstimmung des im ersten Teil von R. W. Goldsmith gegebenen Berichtes über zwei im Sommer 1958 unter der Schirmherrschaft des National Bureau of Economic Research in den USA abgehaltenen Tagungen. Der zweite Teil des Werkes enthält 11 ergänzende Memoranden, in denen spezielle Einzelfragen behandelt werden. Der Bereich der vergleichenden Wachstums- und Strukturforschung erscheint den Teilnehmern der Konferenz ganz im Sinne Schumpeters als das Feld für die Bewährung der Zusammenarbeit von Wirtschaftstheorie, -statistik und -geschichte.

In diesem Sinne wird zwar für eine Beibehaltung der wissenschaftlichen Arbeitsteilung aus Gründen der Forschungsökonomie plädiert, aber stärker als bisher eine interdisziplinäre Zusammenarbeit gefordert, die hier ganz speziell der Ausgestaltung von Wachstumsprogrammen dienstbar gemacht werden soll. Es geht also nicht um die Weiterführung oder Vertiefung des spekulativen oder des empirischen Ansatzes, nicht um die Bewältigung des Wachstumsphänomens oder des Strukturproblems selbst, sondern um ein im besten Sinne handwerkliches, um ein arbeitsorganisatorisch orientiertes Ziel und um die methodologisch ausgerichtete Frage: Wie ist vergleichende Wachstums- und Strukturforschung möglich? Welche Hilfe kann eine in dieser Weise angelegte Forschung durch Tatsachenmaterial dem Modellansatz durch den Erweis seines Erklärungswertes einerseits, der Aufstellung von konkreten Wachstumsprogrammen für die Entwicklungsländer andererseits leisten? Der Fortschritt der Wachstumsforschung soll organisiert werden. Dabei haben sich die Teilnehmer der Konferenz nicht mit einem Überblick über die gegenwärtig von den verschiedenen Forschungsinstituten geleistete Arbeit (Kapitel 2), der Rechtfertigung der vergleichenden Wachstums- und Strukturforschung als besonderer Teildisziplin (Kapitel 3), dem von diesem Forschungszweig gewählten Weg der Bewältigung der Probleme (Kapitel 4), der konkreten Auswahl der von ihr zu bewältigenden Probleme (Kapitel 5) sowohl in zeitlicher als auch in räumlicher Abgrenzung (Kapitel 6 und 7) und den Methoden und Techniken der Forschung (Kapitel 8 und 9) begnügt, sondern sie nehmen auch Stellung zu Fragen der Organisation und der Verbreitung des Wissens (Kapitel 10). Die schon erwähnten ergänzenden Memoranden muten sowohl wegen ihrer Kürze als auch wegen der Mannigfaltigkeit der



Themenstellungen wie Zufallsprodukte an. Sie sollen wohl auch nur als eine Abrundung des Tagungsberichtes verstanden werden.

*Gerhard Kade-Berlin*

*Seidenfus, Hellmuth Stefan: Verkehrsmärkte. Marktform — Marktbeziehung — Marktverhalten. (Veröffentlichungen der List-Gesellschaft, Bd. 14.)* Kyklos-Verlag Basel, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1959. VI u. 193 S.

Das Erkenntnisziel, das sich der Verfasser in der vorliegenden Untersuchung gesteckt hat, kommt in dem Obertitel „Verkehrsmärkte“ nur unvollständig zum Ausdruck, sondern betrifft, wie der Untertitel es ausdrückt, vor allem das Marktproblem in seiner ganzen Breite. Denn, wie es im Vorwort heißt, „das Marktphänomen ist in seinen Verursachungen und seinen Abläufen noch nicht ausdefiniert“, daher sei das wesentliche Anliegen dieser Schrift der Versuch, die Erkenntnismöglichkeiten der Marktphänomene erneut zu überprüfen und die dabei gewonnenen Erkenntnisse an einigen Beispielen der Verkehrsmärkte zu verifizieren. Ein zwar ungewöhnliches, aber nach Ansicht des Verfassers lohnendes Unterfangen. In den „Vorfragen“ setzt sich S. in grundsätzlicher und ausführlicher Weise mit der „Methode in der Nationalökonomie“ auseinander. Als „Wissenschaft von dem wirtschaftlichen Dasein des Menschen“ habe die Nationalökonomie auch die außerwirtschaftlichen Bedürfnisse zu berücksichtigen. Sie sei normative Wissenschaft und könne nicht wertfrei verfahren. In seiner Stellungnahme stützt sich auf *Jöhr*, vor allem aber auf *Weisser, Albert* und *Schmölders*. Ausgangspunkt sei immer ein philosophisch-anthropologischer im Zeichen der Frage nach dem Sinn unseres menschlichen Daseins. Die Lösung der spezifischen Aufgabe der Nationalökonomie vollzieht sich in der Weise, daß zunächst nach dem „Sosein, Wassein“ der wirtschaftlichen Phänomene gefragt wird, aber nicht an sich, sondern relational, d. h. im Verhältnis zur Wesensverwirklichung des Menschen. Die zweite Stufe betrifft die Ziele der Wirtschaftspolitik, und zwar insoweit, als sie mit dem originären Zweck ökonomischer Betätigung im Dienste menschlichen Daseins übereinstimmen. Drittens gilt es, Mittel zu entwickeln, die den Wirtschaftsablauf in geeigneter Weise beeinflussen. Es folgt ein methodischer Exkurs, dessen Grundtenor gegen die einseitige Mathematisierung und gegen das reine Modelldenken in unserer Wissenschaft im Sinne einer Verabsolutierung des quantitativen Aspekts gerichtet ist. Einen wesentlichen Fortschritt der modernen Wirtschaftstheorie erblickt S. in der Ausbildung einer Verhaltenslehre, wie sie *Schmölders* 1953 umrissen und *Katona* neuestens systematisch entwickelt hat. Das Gleichgewichtsdenken wird einer wertbestimmten, sozialpsychologisch fundierten Zielsetzung unterstellt. In der Debatte über Wirtschaftsordnungen, Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsstile entscheidet er sich weitgehend für *Spiethoffs* Merkmalsystem der Wirtschaftsstile, hinsichtlich des Strukturbegriffs für *Weissers* Formulierung.



Der Weg der modernen Marktforschung hat von den Marktformen zum Marktverhalten geführt. Das 1. Kapitel ist der Erklärung der Marktvorgänge in der ökonomischen Theorie nach der Anzahl der Marktteilnehmer und der Güterart und daran anschließend den Determinanten des Marktverhaltens gewidmet, die er in objektive und subjektive gliedert. Wenn die Darstellung auch wesentlich dogmengeschichtlich orientiert ist, so muß doch anerkannt werden, daß sie wertvolle kritische Ergänzungen bietet. Im 2. Kapitel geht es um den Markt als Ort institutionalisierten Verhaltens. Der Begriff Institution ist nicht der der Rechtslehre, sondern der der Soziologie. „Institutionen sind Ordnungsformen menschlichen Zusammenlebens“, ihre Bedeutung liegt darin, daß Verhaltensweisen geprägt, geformt und stabilisiert werden. Nach den Strukturmerkmalen des institutionalisierten Verhaltens folgen Abschnitte über die Funktionsweise der Institutionen und die Bedeutung des institutionellen Verhaltens für das Marktverhalten. Im Übergang zur Konkretisierung der Betrachtung an Hand von Verkehrsmärkten heißt es: „Es sind zu viele institutionelle Einflüsse, zu verschiedenartige objektive Voraussetzungen, die das wirtschaftliche Handeln auf den einzelnen Güter- und Dienstleistungsmärkten bestimmen, als daß man auf eine mikroökonomische Betrachtung verzichten könnte“ (S. 93).

Das 3. ausführlichste Kapitel ordnet die Verkehrsmärkte (Transportleistungen) der Betrachtung über Marktform, Marktbeziehung und Marktverhalten unter, ohne darauf hinzuweisen, daß das Verkehrswesen derjenige Wirtschaftszweig gewesen ist, dessen Eingliederung in eine Theorie der freien Konkurrenz sich von vornherein als schwierig bzw. unmöglich erwies. S. geht von *List* aus, ohne seine Theorie des Verkehrswesens, die die erste in der Geschichte der Nationalökonomie gewesen ist, zu analysieren. In einem dogmengeschichtlichen Überblick werden *Sax, Knies, Roscher, Cohn, A. Wagner, v. d. Borgh, Philippovich* und *Wiedenfeld* genannt. Von grundlegender Bedeutung für das gestellte Thema ist dann der Abschnitt „Die strukturellen Eigenarten der Verkehrsmärkte“, der die Leistungsstruktur im Transportwesen im Gegensatz zu der Produktion auf den Gütermärkten herausarbeitet (S. 96—137) und zu wertvollen Erkenntnissen gelangt. Neuestens hat *Norbert Klotten* in seinem Buch „Die Eisenbahntarife im Güterverkehr, Versuch einer theoretischen Grundlegung“ Ähnliches unternommen. In Parallele zu dem die allgemeine Markttheorie behandelnden 2. Kapitel bringen die weiteren Teile des 3. Kapitels „Die Zielsetzungen auf den Verkehrsmärkten“ und „Marktbeziehungen und Marktverhalten auf einem konkreten Verkehrsmarkt“. Als Beispiel wählt der Verf. den Markt des Kohlenverkehrs von der Ruhr nach Mannheim in den Jahren 1925—1930 und 1951—1956. Das Ergebnis dieser ausführlichen Darstellung lautet, daß die objektiven Anpassungsschwierigkeiten auf Verkehrsmärkten durch verschiedene, rein ökonomisch nicht mehr erklärbare Verhaltensweisen verstärkt werden, die institutionell fixiert sind.

„Diese Zusammenhänge zu erkennen, bedarf es der morphologischen Untersuchung der Verkehrsmärkte.“ „Erst auf der Grundlage dieser Analyse lassen sich die objektiven Gründe für die Eigenarten der ‚Ökonomie der Verkehrswirtschaft‘ im richtigen Licht sehen“, wie sie Napp-Zinn 1957 entwickelt hat. In seiner Analyse der Wirkung objektiver und subjektiver Determinanten auf das Marktverhalten im Verkehrswesen kommt S. zu dem Ergebnis, daß die Unternehmer auf dem Verkehrsmarkt entweder zu ruinöser Konkurrenz oder zur Verbandsbildung in der Form von Kartellen übergehen.

Die „Schlußbemerkungen“ gelten ganz allgemeinen Betrachtungen über die „Einheit der Wissenschaft“ im Hinblick auf die Stellung der Nationalökonomie im Rahmen einer Integration der Wissenschaften. In ihnen tritt S. für eine „Nationalökonomie als Kristallisationskern für eine Synthese der Wissenschaften vom Menschen“ ein, so daß sie eine vielumfassendere Aufgabe als bisher zugewiesen erhält und anthropologisch fundiert wird.

Das Buch von S. stellt eine wertvolle Bereicherung der Literatur nicht nur über die Verkehrsmärkte, sondern auch in wissenschaftstheoretischer Sicht dar.

*Friedrich Bülow-Berlin*

*Weber, Adolf: Wolken am Konjunkturhimmel. Unsere Volkswirtschaft — heute. Zweite, überarbeitete und ergänzte Auflage. Berlin 1959. Verlag Duncker & Humblot. 92 S.*

Die in der Schrift gesammelten Aufsätze erfassen nicht allein, wie der Untertitel vermuten läßt, die westdeutsche Volkswirtschaft, sondern, allerdings weitaus gedrängter, sowohl die Wirtschaft der USA als die der Sowjetunion und zum Abschluß, was gewissermaßen den Schlüssel zu den Diagnosen und Therapien bildet, „die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft“. Obgleich Überarbeitung und Erweiterung der Neuauflage bereits Monate zurückliegen, ist auch, und das ohne Frage dank der im letzten Abschnitt für den Kenner eigentlich nur in Erinnerung gerufenen Einstellung zu bestimmter methodischer Gedankenarbeit (vgl. hierzu meine Besprechung der Schrift von H. Küng „Streiflicher zur schweiz. Wirtschaftspolitik“ sowie der von Kneschaurek über die „volksw. Gesamtrechnungen“ in diesem Jahrbuch, 79. Jahrg., 1959, S. 371 ff. bzw. S. 626 ff.), die Gesamtheit der projizierten Perspektiven wirklichkeitsnahe bis auf den heutigen Tag geblieben. Ausgenommen die Haltung der Bundesbank haben sonach die ernsthaften Winke, die die Schrift vermittelt, nichts an Gültigkeit für das gegenwärtige Kalkül der Wirtschaftspolitik eingebüßt, zumal sich die „Wolken“ inzwischen bedrohlich zusammenballten.

Was die US-Volkswirtschaft betrifft, so gipfelt das Resultat darin, ihr hafte trotz äußerlich „fast strotzender Gesundheit“ doch „eine chronische Erkrankung“ an; eine Interpretation, die freilich, soweit diese von der Verschlechterung der amerikanischen Zahlungsbilanz abgeleitet wird, F. Machlup vor kurzem in Frankfurt nicht aner-

kannte. Wie dem auch sei, zugegeben werden muß dem Autor unter allen Umständen, daß der unaufhörliche Goldexport — Ende 1959 waren zwar immer noch 120 vH der Jahreseinfuhr durch die amtlichen Gold- und Devisenbestände gedeckt — den Wunsch nach Erhöhung des offiziellen Goldpreises begünstigt, den aber außer den „Interessenten“ und dem zitierten Experten F. Pick auch, worauf Machlup den Akzent legt, E. Salin teilt. Sieht Weber in der Dollarabwertung als Folge der Goldpreismanipulation eine Gefahr für die „Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie“, so Machlup rundweg ein illusorisches Unterfangen, weil nämlich die übrigen Währungen alsbald in gleicher Proportion abgewertet würden. Hingegen ventiliert W. Röpke (Dollarsorgen und europäische Mißintegration, Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 46 vom 16. Februar 1960) für den Fall der Wiederherstellung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts in den USA, d. h. des Abriegelns der Quellen des außeramerikanischen „Dollarüberflusses“, aus Gründen weltwirtschaftlicher Liquidität die Frage, ob nicht dann die vorgeschlagene Anhebung des Goldpreises erwartet werden dürfe, nachdem ein derartiger Akt „die Wechselkurse der ja in Gold oder in Dollar definierten Währungen der meisten Länder unverändert lassen würde und deshalb nicht mit einer Abwertung des Dollars gegenüber diesen Währungen zu verwechseln ist“. Endeffekt der Überlegung: Der an sich doch widernatürliche Goldpreis wäre mittels schmerzloser Operation endlich abgehalftert und somit zugleich die in der vorliegenden Schrift geäußerte Furcht null und nichtig, die Dollargläubiger hätten Verluste einzustecken. Ab dem Moment müßten jedoch alle an der Relation Gold-Dollar teilnehmenden Staaten auch sämtliche Inflationsgebräuche aus ihrem finanz- und wirtschaftspolitischen Arsenal verbannen. Aussicht auf Drehen des Steuers in die Zielrichtung besteht allerdings vorerst nicht. Denn auf die optimistischen Prognosen, die dem Konjunkturverlauf der amerikanischen Wirtschaft für 1960 gestellt worden sind, haben sich schon nach wenigen Wochen etliche Schatten gesenkt. Abgesehen von den labilen Aktienkursen, der Autoabsatz ist geringer als erhofft, so daß Auto- und Stahlindustrie die ursprünglich geplante Produktion bereits einschränken, während andererseits Preise und Löhne einander hochtreiben. Für die zweite Jahreshälfte wird gar allgemein mit einem konjunkturellen Rückschlag gerechnet. Also übertreibt Weber keineswegs mit dem Satz, eine „Gesundung“ der US-Wirtschaft „liegt noch in weiter Ferne“.

Wenn Machlup die Sowjetunion als einzigen Nutznießer einer Goldpreiserhöhung bezeichnet, mag theoretisch zunächst einleuchten; tatsächlich ist indessen die Auswirkung ebensowenig zu belegen wie die Größe der russischen Golderzeugung. Bei Beurteilung des Güterverkehrs mit der freien Welt darf man doch nie die Erfahrung vernachlässigen, 1. daß die Sowjetunion — vom Autor nicht erst in der Schrift vor Augen geführt — Menge und Preise ihrer Ausfuhr „mehr oder minder willkürlich“ festsetzt, ihr Außenhandel zudem mehr



sporadisch und „verhältnismäßig klein“ ist und 2. daß sie, wiewohl ihr der Importe wegen an hohem Preisniveau der zum Tausch vorgesehenen Rohwaren gelegen sein muß, schon manchmal ohne ökonomisch ersichtlichen Zwang einen Rohstoffmarkt durch Preisunterbietung beunruhigt hat.

Langfristig behauptet sich ferner Webers Kritik, die in Anbetracht von Westdeutschlands wirtschaftlichem Klima im Hauptstück der Schrift an der durch „rasch aufeinanderfolgende“ Diskontermäßigungen unterstützten „großen Senkung des Kapitalmarktzinses“ geübt wird. Der Bundesbank sollte man ungeachtet dessen immerhin zugute halten, daß in so dynamischen Jahren wie den jetzigen die Wahl von Zeitpunkt und Dosis einer Diskontänderung selbst bei feinstem Fingerspitzengefühl für die Hüterin der Geldwertstabilität mitunter einem Glücksspiel ähneln kann. Auch der Schweizerischen Nationalbank ist 1957 zu langes Zaudern mit dem Einsatz der Diskontschraube vorgeworfen worden, und wenn ihr später A. Amonn (Wirtschaftspolitik in der Schweiz, Bern 1959, S. 120 und 181) attestierte, „durchaus auf dem richtigen Weg“ gewesen zu sein, so muß die Verifikation wohl ebenso der Bundesbank ab Herbst 1959 zugebilligt werden, als sie mit Steigerung des Diskonts sowie der Mindestreserven der Kreditinstitute und Beschneidung der Kontingente für den Rediskont zu intervenieren begann und die Restriktionen seitdem noch verschärfte. Daneben entrollte das sogenannte Blessing-Gutachten ein Konzept, das die hektische Konjunktur auch preis- und lohnpolitisch in die Zange nimmt. Ob die kompetenten Stellen nunmehr sinngemäß zu handeln gewillt sind, steht freilich den bis dato gemachten Konzessionen nach auf einem anderen Blatt.

*Arthur Dissinger-Ravensburg*

*Faust, Helmut*: Ursprung und Aufbruch der Genossenschaftsbewegung. Neuwied am Rhein 1958. Verlag der Raiffeisendruckerei G.m.b.H. 388 S. mit 37 Abbildungen.

Den Lesern dieses Jahrbuchs ist Helmut Faust bereits als Autor der für das achte Kapitel des vorliegenden Buches richtungweisenden Schrift „Schulze-Delitzsch und sein genossenschaftliches Werk“ (Marburg a. d. L. 1949; vgl. Schm. Jb. 71, S. 245 f.) bekannt gemacht worden. War schon jener biographische Bericht zugleich ein Bekenntnis zur Genossenschaftsidee, so gilt dies für das hier anzuzeigende Kompendium der Genossenschaftsbewegung in noch höherem Maße. Faust hat eine Sozial- und Ideengeschichte der Entwicklung des Genossenschaftswesens geschrieben, die in und zwischen den Zeilen eine Lanze für die Genossenschaften auch in unserer Gegenwart bricht und die dennoch nirgends den Boden gesicherter historischer Tatsachen verläßt. In einer (vielleicht allzu gedrängten) Einleitung behandelt der Verfasser die Motive und Stammformen der Gemeinschaftsbildung und die geistigen Ursprünge der Genossenschaftsbewegung von ihren frühesten Ansätzen her sowie die wichtigsten Vorläufer der modernen Genossenschaften. Hierauf folgen biographische Kapitel über Leben

und Wirken von Robert Owen, Charles Fourier, Philippe Buchez, Louis Blanc, Viktor Aimé Huber, Hermann Schulze-Delitzsch, Ferdinand Lassalle, Friedrich Wilhelm Raiffeisen, Wilhelm Haas, Eduard Pfeiffer und Heinrich Kaufmann, ergänzt durch besondere Abschnitte über die „redlichen Pioniere von Rochdale“ und über die Kontroverse zwischen Huber, Schulze-Delitzsch und Lassalle. Zu den Einflüssen des gesellschaftlichen Struktur- und Gesinnungswandels vornehmlich seit der letzten Jahrhundertwende auf Gestalt und Funktion der Genossenschaften wird in einem Nachwort mit kritischen und konstruktiven Überlegungen Stellung genommen.

Der Verfasser hat alles wesentliche ältere und neue Schrifttum sorgfältig verwertet und in einem Quellen- und Anmerkungsverzeichnis zusammengestellt, so daß das Buch auch spezielleren Studien förderlich ist, um so mehr, als es auch dem genossenschaftlichen Ideengut in anderen europäischen Ländern die nötige Beachtung schenkt. Seinem Zweck, Genossenschaftspraktiker und -mitglieder in Handwerk, Landwirtschaft und Arbeiterschaft mit der Geschichte ihrer Bewegung vertraut zu machen, kommt nicht zuletzt der reichhaltige Bilderteil zustatten.

*Antonio Montaner-Mainz*

*Preuss, Walter*: Das Genossenschaftswesen in der Welt und in Israel. Berlin (West) 1958. Polydruck Condor-Verlag. 247 S.

Der etwas eigenartige Titel des Buches rührt daher, daß es ursprünglich für israelische Leser in einer hebräischen Ausgabe erschienen war. Der Autor — Dozent für Genossenschaftswesen an der Universität Tel-Aviv und eine der führenden Persönlichkeiten in der israelischen Genossenschaftsbewegung — ließ sich von der Absicht leiten, seiner Leserschaft die universelle Verbreitung des Genossenschaftswesens und die wirtschaftliche und soziale Tragweite des Gedankens solidarischer Selbsthilfe nahezubringen. Indes ist die Genossenschaftsorganisation von den ersten Anfängen des israelischen Staates an zu einem seiner tragenden Pfeiler geworden, und das Buch berichtet eingehend von den landwirtschaftlichen Siedlungswerken (Kibuz, Moshav) und den großen genossenschaftlichen Zentralverbänden, von der Herrschaft der Gewerkschaften über zwei Drittel der Genossenschaften, die in zahlreiche Kredit-, Konsum-, Wohnungsbau-, Produktiv- und Versicherungsgenossenschaften gegliedert sind, und insbesondere von den agrarischen Genossenschaften, die etwa 75 vH der Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung liefern; die vielseitigen gewerblichen Genossenschaften beschäftigen 25 vH aller in Industrie und Handwerk tätigen Personen, und alles in allem haben sich rund drei Viertel der Berufstätigen in Israel Genossenschaften angeschlossen.

Bei einer solchen aktuellen Gesamtschau läßt es der Verfasser jedoch nicht bewenden. Er forscht auch den ideen- und sozialgeschichtlichen Voraussetzungen und Entwicklungslinien der Genossenschaftsbewegung nach, die das jüdische Volk in den letzten fünfzig Jahren

in Palästina bzw. Israel aufzubauen verstanden hat, und legt hierzu dar, daß die jüdische Immigration in engstem Zusammenhang mit der zionistischen Renaissancebestrebung erfolgte, „das Land durch jüdische Masseneinwanderung zu entwickeln und in ihm durch schöpferische Siedlungsarbeit Aufnahmeplätze für die Einwanderung zu schaffen, nicht auf der Grundlage kolonialer Ausbeutung durch das ‚Finanzkapital‘ in der damals üblichen Form, die billige Arbeitskräfte um des schrankenlosen Profits willen ausnützt, sondern durch ein auf nationaler und sozialer Grundlage basiertes Aufbauwerk in neuen gesellschaftlichen Formen“ (S. 61). Demgemäß fehlte der genossenschaftlichen Entwicklung in Israel eine vorgefaßte sozialistische Theorie, und für utopische Wunschbilder ließ der Zwang zu pragmatischem Handeln keinen Raum: „Die Genossenschaftsbewegung in Israel, die so erstaunlich neue Formen genossenschaftlichen Zusammenlebens in der Urproduktion schuf, gibt Veranlassung zu dem Versuch einer Neuorientierung der genossenschaftlichen Theorie, im Gegensatz zu früheren Auffassungen, die nur oder vornehmlich in der Konsumgenossenschaftsbewegung eine wirklich gelungene Voraussetzung für genossenschaftlichen Zusammenschluß und genossenschaftliche Wirtschaft erblickten“ (S. 64, wobei das spezifische theoretische Interesse sicherlich bejaht, der Nachsatz von der breiteren Konsumbefangenheit der älteren Genossenschaftslehre dagegen angezweifelt werden darf). Sehr aufschlußreich sind auch die Äußerungen zu den israelischen Transportkooperativen, die sich historisch damit erklären, daß die Einrichtung jüdischer Transportgenossenschaften zur Abwehr bewaffneter arabischer Angriffe unabweislich war (S. 175 f.); damit hängt auch die „monopolartige Stellung der Omnibusgesellschaften“ zusammen.

Im übrigen teilt das Buch die allgemeineren Grundlagen und die Entwicklungsgeschichte der internationalen Genossenschaftsbewegung seit der Prähistorie mit und behandelt die weltanschaulichen Wurzeln und Systeme des Genossenschaftswesens, seine Beziehungen zu Sozialismus, Staat und Gewerkschaften sowie seine Zukunftsaussichten und Grenzen. Dürfte diese Schrift schon in Israel dankbare Aufnahme finden, wo (wie die Einleitung besagt) eine umfassende Darstellung der Genossenschaftsbewegung der Welt bisher fehlte, so wird sie im deutschen Sprachgebiet als erste Publikation über die Rolle der Genossenschaften im sozialwirtschaftlichen Aufbau Israels nicht minder willkommen sein. Die zuweilen ungewohnte Ausdrucksweise und Interpunktion der Übersetzung nimmt man gerne in Kauf.

*Antonio Montaner-Mainz*

*Lau, Eckart*: Die Produktivgenossenschaften in Israel, ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme. (Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn, Nr. XIX.) Düsseldorf 1960. Michael Tritsch Verlag. 167 S.



Über den Gegenstand dieser Untersuchung besteht bereits eine umfangreiche Literatur. Der Verfasser hat sie im Anhang zusammengestellt und den größten Teil davon benutzt. Doch stammt das wichtigste Material nicht aus der Literatur, sondern aus der eignen Anschauung, die er auf einer fünfmonatigen Studienreise in Israel über die Verhältnisse in den dortigen Produktivgenossenschaften gewonnen hat.

Die Untersuchung beginnt im ersten Teil (A) mit einem Überblick über die Geschichte und Struktur der Genossenschaften in Israel. Es wird gezeigt, welche Bedeutung der Zionismus für das Entstehen von Genossenschaften in Palästina gehabt hat und in welchen Formen die „genossenschaftliche Kolonisation“ Palästinas praktisch verwirklicht worden ist. Es sind die „Kwasa“, die Urform der kollektiven Produktionsgenossenschaft, aus der der „Kibuz“ hervorgegangen ist, der „Moshav“, die liberale Form einer jüdischen Produktivgenossenschaft, und der „Moshav Shitufi“, eine neue Art der Produktivgenossenschaft, die erst 1937 entstanden ist. Auch wird in diesem ersten Teile der Untersuchung der eigenartige strukturelle Zusammenhang der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften mit der Gesamtwirtschaft dargestellt und die Rolle der Einheitsgewerkschaft „Histadrut“ dabei beleuchtet.

Im zweiten Teile (B) beschäftigt sich der Verfasser mit der Klärung und Abgrenzung des Begriffes „Produktivgenossenschaft“ am Beispiel der heutigen Formen landwirtschaftlicher Produktivgenossenschaften in Israel. Er entwickelt eine Definition der „Produktivgenossenschaft“, die diese klar von der „Förderungsgenossenschaft“ abhebt und meines Erachtens der Kritik standhalten dürfte, und gibt auf dieser begrifflichen Grundlage eine Übersicht über die gegenwärtigen Formen der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, wie sie heute in Israel bestehen: den „Kibuz“, die genossenschaftliche Gemeinschaftssiedlung, den „Moshav Shitufi“, die genossenschaftliche Familiensiedlung auf kollektivwirtschaftlicher Grundlage, den „Moshav“, die genossenschaftliche Familiensiedlung auf der Grundlage selbständig wirtschaftender Bauernfamilien.

Den wirtschaftlichen Problemen der Produktivgenossenschaften ist der dritte Teil (C) der Untersuchung gewidmet. Hier werden zunächst die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Produktivgenossenschaft (Boden und nationaler Bodenfonds, nationales und privates Kapital, Selbstarbeit der Siedler) dargetan. Es werden sodann die organisatorischen Probleme erörtert, d. h. die rechtlichen Fragen der Organisation (die genossenschaftliche Gesetzgebung, die Satzungen der Produktivgenossenschaften), die Außenorganisation (Beschaffungs- und Absatzmarkt) sowie die Innenorganisation (die Genossenschaftsorgane). Besondere Aufmerksamkeit ist weiter den Problemen der Konsumgemeinschaft im Kibuz und im Moshav Shitufi sowie den Problemen der Produktions- und Arbeitsgemeinschaft gewidmet, so daß der Leser ein klares Bild von den Verhältnissen und auch den

Unterschieden in den drei Arten landwirtschaftlicher Produktivgenossenschaften (Kibuz, Moshav Shitufi, Moshav) erhält.

Den Abschluß der Untersuchung bildet eine Erörterung der gesellschaftlichen Probleme. Zu diesen gehört in erster Linie die Vergemeinschaftung der Lebensinteressen in den Produktivgenossenschaften: die genossenschaftliche Lebensgemeinschaft des Kibuz, die genossenschaftliche Gemeinschaft von Familien im Moshav Shitufi und das Gruppenleben der Moshav-Familien. Untersucht wird hier weiter auch, ob und wie weit die sozialistische Ideologie und die jüdische Religion Grundlagen dieser Gemeinschaften sind und wie sich demgemäß die Gemeinschaftserziehung besonders im Kibuz gestaltet hat.

Die Untersuchung ist von großer Geschlossenheit. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der Verfasser sich streng auf die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften beschränkt hat, obwohl es auch in Israel ein Genossenschaftswesen nach westeuropäischem Muster gibt, das in der Untersuchung nur gestreift worden ist. Erst durch diese Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes wurde es möglich, die Untersuchung in so klarer und durchsichtiger Weise aufzubauen und durchzuführen, wie das tatsächlich geschehen ist. Sie ist entschieden lesenswert.

*Georg Jahn-Berlin*

*Eichhorn, Gerd: Genossenschaften und Genossenschaftsrecht in Frankreich.* (Veröffentlichung des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn.) Marburg/Lahn 1958. 224 S.

*Klingberg, Wolfgang: Genossenschaften und Genossenschaftsrecht in Italien.* (Veröffentlichung des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn.) Marburg/Lahn 1958. 143 S.

Das Marburger Institut für Genossenschaftswesen hat sich in seinen Veröffentlichungen schon wiederholt auch außerdeutscher Genossenschaftsfragen angenommen. Es führt diese Reihe hier fort mit zwei Untersuchungen, die im wesentlichen die gesellschaftsrechtliche Ausgestaltung der Genossenschaften in Frankreich und in Italien zum Gegenstand haben. In jeder der beiden Schriften wird der Leser zuvor mit den allgemeinen wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklungsgrundlagen und dem derzeitigen Stand des Genossenschaftswesens — sowohl in seiner nationalen Eigenständigkeit wie auch im internationalen Vergleich — bekannt gemacht. Auch die Beziehungen zwischen Genossenschaften und Staat sowie die Erscheinungsformen und gesetzlichen Begriffsbestimmungen der Genossenschaften werden von beiden Autoren beleuchtet, und ebenso gehen sie bei der systematischen Darstellung der gesellschaftsrechtlichen Struktur und Organisation übereinstimmend von den nächstliegenden Kriterien aus (Verwaltungs- und Kontrollorgane, Mitgliedschaftsverhältnis und Nichtmitgliedergeschäft, Finanzierung und Überschußverteilung, Rechnungswesen, genossenschaftliche Zusammenschlüsse u. ä. m.). Eichhorn und Klingberg (der sich bereits mit seiner im Vorjahr erschienenen

Studie „Aufgaben und Bedeutung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Rahmen der italienischen Bodenreform“ als guter Kenner der italienischen Verhältnisse ausgewiesen hat) dürfen für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, das deutsche Genossenschaftsschrifttum um zwei wertvolle landeskundliche Beiträge bereichert zu haben, die nützliche Einblicke in die geistigen und sozialwirtschaftlichen Zusammenhänge der Genossenschaftsbewegung im ganzen wie auch in die institutionellen Besonderheiten des französischen und italienischen Genossenschaftsrechts erschließen. Sie beschränken sich nicht auf eine bloße typologische Rechtsvergleichung, sondern sie suchen die jeweilige Ausbildung und Funktionsweise der Genossenschaften von den Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Recht her begrifflich zu machen und lassen es auch an wohlbegründeter Kritik nicht fehlen.

*Antonio Montaner-Mainz*

Die Genossenschaften in der österreichischen Wirtschaft der Gegenwart. Tagung des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen an der Universität Wien. (Wiener Studien des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen, herausgegeben von Heinrich Demelius und Ernst Lagler, Band 1.) Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. 101 S.

*Demelius, Heinrich:* Gläubigerschutz und Gläubigerbefriedigung. Ein Beitrag zum österreichischen Genossenschaftsrecht. (Wiener Studien des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen, herausgegeben von Heinrich Demelius und Ernst Lagler, Band 2.) Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. 32 S.

*Tautscher, Anton:* Einkommenspolitik und Genossenschaftswesen. (Wiener Studien des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen, herausgegeben von Heinrich Demelius und Ernst Lagler, Band 3.) Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. 71 S.

Mit dieser neuen Schriftenfolge will das Wiener Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen nationalökonomische, betriebswirtschaftliche und rechtswissenschaftliche Untersuchungen der Genossenschaften und ihrer vielfältigen historischen und theoretischen Probleme, vor allem was die Entwicklungstendenzen genossenschaftlicher Ordnungsprinzipien in Wirtschaft und Gesellschaft betrifft, der Öffentlichkeit vorlegen. Zielen auch die „Wiener Studien“ in erster Linie auf Fragen des österreichischen Genossenschaftswesens ab, so wird doch von den Herausgebern außerdem die Publikation solcher Arbeiten angekündigt, die der Genossenschaftsbewegung und -organisation des Auslands gelten.

Der 1. Band sammelt die Referate, die bei der Jahrestagung 1954 des Wiener Instituts erstattet worden sind. In seinem einleitenden Vortrag über „Genossenschaften und soziale Marktwirtschaft“ setzt sich *Vinzenz Schumy* mit den Begriffsmerkmalen, dem Leistungsbereich und den wirtschaftspolitischen Grundfragen der sozialen Marktwirtschaft am Beispiel der westdeutschen Wirtschaftsordnung



auseinander und weist auf die entscheidende marktwirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaftsidee hin. Über „Genossenschaften und Gemeinwirtschaft“ und „Die Bau- und Siedlungsgenossenschaften in der Wirtschaftspolitik der Gegenwart“ berichtet *Hans Bayer*. Hauptpunkte des ersten Vortrages sind die Genossenschaft als gemeinwirtschaftliches Strukturelement der Volkswirtschaft, der gemeinwirtschaftliche Einfluß des Genossenschaftswesens auf die Wirtschaftskinetik und die Genossenschaften als Träger gemeinwirtschaftlicher Dynamik, während im zweiten Referat diese systematischen Aspekte speziell auf die Bau- und Siedlungsgenossenschaften angewandt werden. Unter dem Thema „Die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Wirtschaftspolitik der Gegenwart“ erörtert *Ernst Lagler* die marktwirtschaftlichen und sozialen Funktionen der Agrargenossenschaften und unterstreicht die konstruktive Rolle der genossenschaftlichen Verbundwirtschaft und der Zentralgenossenschaften für die österreichische Landwirtschaft, die sich in ihrer Absatzpolitik etwa seit 1952 auf die Verhältnisse eines Käufermarktes einzurichten sucht. *Josef Rois* behandelt „Die gewerblichen Genossenschaften in der Wirtschaftspolitik der Gegenwart“ und schildert die Aufbauarbeit der Handwerks-, Einzelhandels- und Kreditgenossenschaften nach dem zweiten Weltkrieg sowie die heutigen und künftigen Aufgaben dieser Einrichtungen und der Genossenschaftspolitik im allgemeinen. Etwas mißverständlich erscheint S. 50 der Satz: „Das Wirtschaftsziel der Genossenschaft ist das einer wirtschaftlichen Unternehmung, sie ist also nicht bloß Verein, sondern eine Förderungsinstitution der Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb.“ Denn diese dem Mitgliederkreis zugute kommende Förderungsfunktion der Genossenschaft schließt für sie selbst, streng genommen, den Charakter einer gewinnstrebigen Erwerbsunternehmung aus. (Vergl. auch Hans Ohm, *Die Genossenschaft und ihre Preispolitik*, Karlsruhe 1955, S. 81 f.) *Heinrich Demelius* referiert über die „Probleme des österreichischen Genossenschaftsrechts“ und legt dar, wie der Gesetzgeber, die Registergerichte und die Genossenschaften und Genossenschaftsverbände an der Gestaltung des österreichischen Genossenschaftsrechts mitwirken. An ausgewählten Fragen (Geschäfte mit Nichtmitgliedern; Verteilung des Jahresgewinns; Mitgliedschaftsfähigkeit der Genossenschaften in Revisionsverbänden, Personal- und Kapitalgesellschaften und Kartellen) wird die Rechtsentwicklung im einzelnen nachgezeichnet. In seinem Beitrag „Die Konsumgenossenschaften in der Wirtschaftspolitik der Gegenwart“ erläutert *Andreas Vukovich* die Ziele und Tätigkeitsgebiete der Konsumgenossenschaften als Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher, ihre Position während der Bewirtschaftung in den Kriegs- und Nachkriegsjahren und ihr verschiedenes Eintreten für den freien Wettbewerb. *Anton Tautscher* faßt in seiner Studie „Das gemeinsame Ziel der Genossenschaften“ die übereinstimmenden Wesenszüge der auf der Tagung behandelten Genossenschaftssparten zusammen und arbeitet hierbei drei gemeinsame Kenn-

zeichen heraus: 1. die den Genossenschaften vom konkurrierenden erwerbswirtschaftlichen Bereich aufgezwungene Abwehrstellung, 2. das alle Genossenschaften verbindende organisatorische Gerüst und 3. das gemeinschaftliche Ziel der Einkommenssicherung und -stärkung, das sich im Rahmen der freien Marktwirtschaft aus der ökonomischen Bedrängung „konstitutiv geschwächter Wirtschaftsgruppen“ ergibt. Für Landwirtschaft, Gewerbe und Konsumenten werden alsdann diese „Marktgefahren“ und die geeigneten Abhilfemittel übersichtlich dargestellt.

Im 2. Band der Reihe schildert *Heinrich Demelius* ohne rechtsgelehrten Aufwand, wie sich Gläubigerschutz und Gläubigerbefriedigung innerhalb der Genossenschaft auswirken, wobei hauptsächlich auf das österreichische, ergänzend auch auf das deutsche Recht Bezug genommen wird. Seine Ausführungen zum Gläubigerschutz sind abgestellt auf die genossenschaftliche Vermögensbildung durch Einzahlungen der Genossenschaftsmitglieder und auf die Bindung des Genossenschaftsvermögens gegen Auszahlungen an die Genossen, während der Verfasser bei der Gläubigerbefriedigung die Herabsetzung der Geschäftsanteile, das Umlageverfahren sowie die Sachverwalter der Liquidation und der Verschmelzung abhandelt. Im Ergebnis zeichnen sich zwei Entwicklungslinien ab: die eine entspricht einer fortschreitenden Minderung des Gläubigerschutzes, die andere ersetzt den ursprünglichen direkten Zugriff der Gläubiger auf die Genossenschafter durch das Umlageverfahren. Der von der österreichischen Praxis vollzogene Einbau der Beitragsberechnung in das gerichtliche Ausgleichsverfahren wird in der Broschüre als gerechter Ausgleich zwischen den Interessen der Gläubiger und der Genossenschaftsmitglieder befürwortet und näher beschrieben.

*Anton Tautscher* weist im 3. Band „Einkommenspolitik und Genossenschaftswesen“ überzeugend nach, daß die Aufgabe aller Genossenschaften letzten Endes in der Einkommenssicherung liegt. Die Produktions- und Verwertungsgenossenschaften, die kostendeckende Preise anstreben, wirken so auf gesicherte Geldeinkommen hin, und die Verbrauchergenossenschaften, deren Preispolitik die Schonung der Mitgliedereinkünfte bezweckt, sind damit um gesicherte Realeinkommen bemüht. Der beste Weg genossenschaftlicher Zusammenarbeit ist folglich, die Preispolitik sämtlicher Genossenschaften organisatorisch auf eine Generallinie zu bringen. Weiterhin versucht der Autor, eine sozialwirtschaftliche Theorie der Genossenschaften zu begründen, indem er (hier ausführlicher als in seinem Beitrag zur Sammlung im 1. Band) den mannigfachen Gefährdungen nachforscht, denen einzelne Wirtschaftsgruppen im Marktwettbewerb ausgesetzt sind. Die damit zusammenhängenden praktischen Probleme und die politischen Folgerungen daraus werden vom Verfasser anschaulich gewürdigt. In der Tat kann genossenschaftliches Denken und Handeln wesentlich dazu beitragen, die marktwirtschaftliche Freiheit mit einem sozialen Sicherungsrahmen zu umschließen, der vor allem einkommens-

politisch die Chance bietet, den Konkurrenzmechanismus zu humanisieren.

*Antonio Montaner-Mainz*

*Dülfer, Eberhard:* Typencharakter und Größenentwicklung der gewerblichen Kreditgenossenschaften (in Westdeutschland). (Veröffentlichung des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg an der Lahn.) Marburg/Lahn 1958. 120 S.

Der Autor legt einleitend die allgemeine Problematik der Betriebs- bzw. Unternehmungsgröße — insbesondere in morphologischer Sicht — dar und befaßt sich im ersten Hauptteil mit der Typenbestimmung der Kreditgenossenschaft auf der Grundlage des historischen Erfahrungsobjekts. Er schildert recht ausführlich die Anfänge des Kreditgenossenschaftswesens sowie die Wesensmerkmale des kreditgenossenschaftlichen Wirtschaftstyps, seinen Unternehmungscharakter und die Art seiner Verkehrsbeziehungen. Im zweiten Hauptteil geht Dülfer auf die äußeren Voraussetzungen für die Kreditgenossenschaft in der Gegenwart ein und untersucht hierbei die Probleme des „bestimmten Förderungskreises“ und der vorauszusetzenden Wirtschaftsordnung unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Ordnung im Kreditsektor. Der dritte Hauptteil, „Typencharakter und moderne Unternehmungs- und Betriebsgestalt“, ist der Größenentwicklung der Kreditgenossenschaften und der gegenwärtigen Erscheinungsform der Kreditgenossenschaft (Volksbank) von den Aspekten der „bankwirtschaftlichen Förderung der Mitglieder“, der „Mitgliedergruppe“ und der „sozialpolitischen Aufgabe“ gewidmet. Die Tabellenübersicht im Anhang vermittelt interessante Einzelheiten zur personellen und finanziellen Entwicklung der gewerblichen Kreditgenossenschaften in den letzten hundert Jahren. Alles in allem hat Dülfer einen nützlichen Beitrag zur Diskussion über das Pro und Contra der Großgenossenschaften geliefert.

*Antonio Montaner-Mainz*

**Aktuelle Probleme des Genossenschaftswesens.** Mit Beiträgen von F. Klein, R. Pohle, H.-J. Seraphim und H. Westermann. Tagung des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen an der Universität Wien 1956. (Wiener Studien des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen, herausgegeben von Heinrich Demelius und Ernst Lagler, Band 4.) Göttingen 1958. Vandenhoeck & Ruprecht. 72 S.

Das Wiener Institut setzt seine Schriftenreihe hier mit der Veröffentlichung von vier Vorträgen fort, die von Professoren der Genossenschaftsinstitute in Erlangen und Münster Ende April 1956 in Wien gehalten wurden. Während die erste Wiener Arbeitstagung im Sommer 1954 den Entwicklungstendenzen der Genossenschaften in der österreichischen Wirtschaft gedenkte hatte (vgl. Band I der „Wiener Studien“), sollten auf dieser zweiten die aktuellen Probleme des Genossenschaftswesens aus der Sicht und der Arbeit der deutschen Forschungsinstitute behandelt werden. *Rudolf Pohle* sprach über die



„Genossenschaften ohne Haftpflicht“ und gelangte zu folgenden Ergebnissen (S. 18 f.): 1. Ein sogenannter historischer Beweis für die Notwendigkeit einer Gen. o. H. kann nicht erbracht werden. 2. Aus fremden Rechten ließen sich höchstens auf Grund eingehender rechts- und wirtschaftsvergleichender Betrachtungen Schlüsse ziehen, doch fehlt es vorerst noch an ausreichendem Material. 3. Offen bleibt noch die Frage, inwieweit ein Bedürfnis nach Beseitigung der Haftung besteht. 4. Ein ersatzloser Fortfall der Haftung schwächt die Gläubigersicherheit, und schwächere Bindungen der Geschäftsanteile können kaum Abhilfe schaffen. 5. Die Anteilshaftung braucht keine genossenschaftsfremde Strukturveränderung nach sich zu ziehen.

*Harry Westermanns* Thema war „Der Einzelne und die Gemeinschaft im Spiegel des Genossenschaftsrechts“, d. h. das Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft als grundsätzliches Lebens- und Rechtsproblem und seine Ausbalancierung innerhalb des Genossenschaftsrechts. Der Referent hat seine Betrachtungen auf alle wesentlichen Fragen der Genossenschaftspraxis abgestellt und eine fruchtbare kritische Bilanz gezogen.

*Friedrich Klein* erörterte „Aktuelle Fragen zur Besteuerung der Genossenschaften“. Seine Resultate lauten (S. 54): 1. Die relativ beste Lösung des Problems ist noch immer die dem österreichischen und deutschen Recht eigene Körperschaftsteuerliche Gestaltung, also die Erfassung der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Genossenschaft bei ihr selbst. 2. Aus gewichtigen finanzwissenschaftlichen Gründen kann der Vorschlag einer auf dem Umsatz und dem Eigenkapital aufbauenden kombinierten Sollgewinn-, Sollertrags- oder Mindestbesteuerung nicht gebilligt werden. 3. Als nächstbeste Lösung käme allenfalls in Betracht, die Überschüsse nicht bei der Genossenschaft Körperschaftsteuerlich, sondern anteilig bei den Genossen einkommensteuerlich zu erfassen.

*Hans-Jürgen Seraphim* referierte „Über einige wirtschaftliche und soziologische Probleme der Großgenossenschaft“, die mitunter als ‚Entartung‘ echter genossenschaftlicher Traditionen angesehen wird. Seraphim brachte die Entstehung von Großgenossenschaften in engen Zusammenhang mit den Konzentrationstendenzen in der modernen Wirtschaft und teilte zur tatsächlichen Verbreitung und Bedeutung der großen Genossenschaften aufschlußreiche Zahlen aus den letzten fünf Jahrzehnten mit. Er ging sodann auf die geeigneten Maßstäbe, die Entstehungsmöglichkeiten und die Formen der Großgenossenschaft ein und legte abschließend die Frage des betrieblichen Optimismus und die soziologischen Probleme dar. Daß die sogenannten Großgenossenschaften eine Entartungserscheinung seien, wurde von ihm mit dem Hinweis widerlegt, „daß der Zug zur Großgenossenschaft . . . auf Grund der Strukturveränderung moderner Marktgestaltung unvermeidbar ist“, da „in sehr vielen Fällen . . . nur sie imstande sind, den ökonomisch schwachen Genossenschaftsmitgliedern echte Wettbewerbschancen zu eröffnen“ (S. 72). *Antonio Montaner-Mainz*

*Trouvain, Franz-Josef: Mindestreserven und Ausgleichsforderungen bei den Volksbanken. (Veröffentlichung des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn.) 56 S.*

Unter den aktuellen Problemen der deutschen Kreditpolitik und Bankwirtschaft nehmen Mindestreserven und Ausgleichsforderungen zweifellos die erste Stelle ein. Daß dies für die Sparkassen und Volksbanken in ganz besonderem Maße gilt, bedarf keiner näheren Begründung. Es herrscht auch Einmütigkeit darüber, daß eine Bereinigung dieser Materien zu den wichtigsten Voraussetzungen einer Kapitalmarktreform gehört, jedoch bestehen über die geeignetste Methode erhebliche Meinungsverschiedenheiten, speziell was die Ausgleichsforderungen betrifft, und es ist an der Zeit zu prüfen, wie man von den bisherigen Erfahrungen und Sonderprojekten aus zu einer gesamtwirtschaftlich konstruktiven Neuregelung gelangen könnte, die unter den verschiedenen Gruppen von Geldinstituten echte Wettbewerbsbedingungen schafft.

Die vorliegende Untersuchung — ursprünglich eine Marburger Dissertation — behandelt den Komplex der Mindestreserven und Ausgleichsforderungen zwar vorzugsweise unter dem besonderen Aspekt der Volksbanken, jedoch wird auch den allgemeinen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen Beachtung geschenkt, so mit Bezug auf die Grundlagen und Funktionen der Barreservehaltung, die Liquiditäts- und währungspolitischen Ziele der Mindestreserven und die Voraussetzungen für die Wirksamkeit der Mindestreservpolitik bei beabsichtigter Kreditkontraktion und -expansion. Zum Abschluß des ersten Teils würdigt Trouvain die vergleichsweise starke Ertragsbelastung der Volksbanken durch das gegebene Mindestreservesystem, ihre erschwerte Refinanzierung sowie das Problem der Mindestreservehaltung der Volksbanken bei den genossenschaftlichen Zentralkassen. Im zweiten Teil beschäftigt sich der Verfasser mit der Entstehung und dem ökonomischen Charakter der Ausgleichsforderungen, mit dem Verhältnis der Ausgleichsforderungen zu den gesamten Betriebsmitteln bei den Volksbanken und mit drei grundsätzlichen Vorschlägen einer künftigen Regelung der Ausgleichsforderungen (Übernahme der Ausgleichsforderungen der Geschäftsbanken durch das Zentralbanksystem; Umwandlung in kapitalmarktfähige Wertpapiere; Tilgung durch echte Amortisation). Eine ansprechende wissenschaftliche Leistung, die als zuverlässige Informationsquelle und als wirklichkeitsnaher Diskussionsbeitrag willkommen ist.

*Antonio Montaner-Mainz*